Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg.

Von

Eduard Bernstein.

Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1915.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

KRIEG UND WIRTSCHAFT

KRIEGSHEFTE

DES

ARCHIVS FÜR SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALPOLITIK, Band 40

IN VERBINDUNG MIT
WERNER SOMBART, MAX WEBER UND ROBERT MICHELS
HERAUSGEGEBEN VON
EDGAR JAFFÉ

Inhalt des ersten Kriegsheftes (zugleich Heft 1 von Band 40). Geleitwort. Edgar **Jaffé**: Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Prof. Lujo **Brentano**-München: Der Krieg und die Verhütung seiner Wiederkehr. Offene Antwort an Henri Lambert, Industrieller in Charleroi. Georg **Bernhard**-Berlin: Die Politik der Reichsbank im Kriege. Prof. J. **Jastrow**-Berlin: Die Organisation des Kredits im Kriege. Dr. E. **Lederer**-Heidelberg: Die Organisation der Wirtschaft durch den Staat im Kriege. Dr. E. **Lederer**-Heidelberg: Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges. Dr. H. **Lindemann**-Stuttgart-Degerloch: Aufgaben und Tätigkeit der Gemeinden im Kriege.

Preis Mk. 6.70.

Inhalt des zweiten Kriegsheftes (zugleich Heft 2 von Band 40). Ed. **Bernstein**-Berlin, M. d. R.: Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Walther **Federn**-Wien: Oesterreich-Ungarns Geld- und Kreditwesen im Kriege. Dr. E. **Perels**-Wien: Die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen in Oesterreich. L. **Bendix**-Berlin (New-York): Die amerikanische Volkswirtschaft unter dem ersten Einfluß des europäischen Krieges. Dr. Eugen **Kaufmann**-Berlin: Die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs im Kriege. Dr. P. **Gygax**-Zürich: Die wirtschaftliche Rüstung der Schweiz. Prof. Chr. J. **Klumker**-Frankfurt a. M.: Fürsorgewesen während des Krieges. Dr. **Schubart**-Graudenz: Keine Zuckererzeugung 1915. Dr Volkmar **Klopfer**-Dresden: Wichtige Ernährungsaufgaben im Kriege (Vollkornernährung).

Preis Mk. 6.50.

Das **dritte** Kriegsheft wird voraussichtlich enthalten: Edgar **Jaffé**: Die »Militarisierung« unseres Wirtschaftslebens. (Prinzipielle Aenderungen unserer Wirtschaft durch den Krieg.) **G. H. Kaemmerer**: Offener Brief an den Herausgeber. Edgar **Jaffé**: Entgegnung. Landgerichtsrat W. **Kulemann**-Göttingen: Die prinzipielle Berechtigung der Höchstpreise. Ministerialrat v. **Völcker**-München: Der deutsche Eisenbahnverkehr und der Krieg. Dr. E. H. **Vogel**-Wien: Die inneren Anleihen der kriegführenden Staaten im II. Halbjahr 1914. Robert **Michels**-Basel: Die wirtschaftlichen Wirkungen des Völkerkrieges auf Italien in den ersten Monaten. Dr. Th. **Metz**-Düsseldorf: Die Maßnahmen der niederländischen Regierung zum Schutze der Staatswirtschaft im Kriege und der bisherige Einfluß des Krieges auf die niederländische Wirtschaft. Dr. J. **Grünfeld-Coralnik**-Kopenhagen: Die russische Volkswirtschaft im Kriege. Dr Zofia **Daszynska-Golińska**-Krakau: Die wirtschaftliche und politische Lage Polens bei Ausbruch des Krieges. Dr. Eugen **Kaufmann**-Berlin: Die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs im Kriege. Dr. Paul **Jacobs**-Berlin: Die Zuckererzeugung im Jahre 1915. Dr E. **Lederer**-Heidelberg: Die Regelung der Lebensmittelversorgung während des Krieges in Deutschland.

In den Kriegsheften soll versucht werden, sowohl die tatsächlichen, durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen des Wirtschaftslebens zu schildern, als auch Hinweise auf die zu erwartende Neugestaltung nach dem Kriege zu geben. Anhänger aller Parteien und Richtungen arbeiten mit.

Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg.

Von

Eduard Bernstein.

Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1915.

Sonderabdruck aus dem
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
Band 40, Heft 2.

Die Seiten 1—56 dieses Sonderabdruckes entsprechen den Seiten 267—322 des Archivs.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

330.9
B458i

11 OCT 16 N.H.R.

Vorwort zur Sonderausgabe.

Der Aufsatz, der den Inhalt dieser Broschüre bildet, ist dem zweiten Kriegsheft des »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« entnommen. Mehrfacher Anregung folgend und mit gütiger Erlaubnis des Herausgebers des Archiv, Herrn Professor Edgar Jaffé, übergebe ich ihn nun in dieser Form der Oeffentlichkeit.

Ich bin mir dabei bewußt, daß er in keiner Weise darauf Anspruch erheben kann, den Gegenstand, von dem er handelt, zu erschöpfen. Der Hauptsache nach schon vor Monaten abgeschlossen, konnte er die neueren Vorgänge in der sozialistischen Internationale nur ganz summarisch berühren. Und nur flüchtige Bemerkungen konnten der so wichtigen Gewerkschaftsbewegung gewidmet werden, deren Eigenart und weite Verzweigung eine besondere Abhandlung nötig gemacht hätte. Was der vorliegende Aufsatz darbietet, ist eine Schilderung des Verhaltens der politischen Landesabteilungen der Internationale der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Krieg und die Rückwirkung des letzteren auf deren Beziehungen untereinander. Es ist mein Bestreben gewesen, hierbei mit möglichster Sachlichkeit zu veranschaulichen, in welchem besonderen Lichte sich naturgemäß den Sozialisten der verschiedenen Länder der Krieg und sein Anlaß in jedem Einzelfalle darstellen mußten, und aus der Verschiedenheit dieser Urteile die Besonderheiten im Verhalten der sozialistischen Parteien und Gruppen der Hauptländer zu erklären. Unter dem Gesichtspunkt dieses Strebens wolle man die Schrift beurteilen.

Berlin-Schöneberg, 23. Februar 1915.

Ed. Bernstein.

P 39132

Inhalt.

		Seite
1.	Das Unterbleiben von Massenstreiks gegen den Krieg	3
2.	Die Aufgaben der Sozialisten in den Parlamenten und der Krieg	5
3.	Die internationale Sozialdemokratie und der russisch-österreichisch-serbische Konflikt	9
4.	Die Sozialdemokratie in den Parlamenten Deutschlands und Frankreichs und der europäische Krieg	19
5.	Die belgische Arbeiterpartei und der Krieg	28
6.	Die Arbeiterparteien Englands und der Krieg	29
7.	Die Sozialisten Serbiens und Rußlands und der Krieg	37
8.	Die Stellung der Arbeiterparteien in den neutralen Ländern und der Krieg	40
9.	Der Ausblick	50

Am 29. Juli 1914 hielt in Brüssel das Internationale sozialistische Bureau eine Vollsitzung ab, um Beschluß darüber zu fassen, ob der nach Wien für den August 1914 einberufene und dort wegen des Kriegszustandes unmöglich gewordene internationale sozialistische Kongreß nun doch stattfinden solle und wohin er einzuberufen sei. Elf Länder, darunter, außer Oesterreich, alle Großstaaten Europas, waren durch Abgesandte der sozialistischen Parteileitungen vertreten, eine Auswahl der angesehensten Wortführer der internationalen Sozialdemokratie. Auf Vorschlag des Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, Hugo Haase, ward einstimmig beschlossen, den Kongreß statt auf den 23. schon auf den 9. August einzuberufen, und zwar nach Paris. Ein einstimmig gefaßter Beschluß forderte ferner die Arbeiter aller Länder auf, in ihren Demonstrationen gegen den drohenden Weltkrieg mit ungeschwächter Energie fortzufahren, und in einer am selben Abend noch im Zirkus Royal abgehaltenen Riesenversammlung bekundeten Hugo Haase (Deutschland), J. Keir Hardie (Großbritannien), Jean Jaurès (Frankreich), Morgari (Italien), Roubanowitsch (Rußland) und P. Troelstra (Holland) in Ansprachen, die mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurden, die Einmütigkeit der sozialistischen Internationale Europas in dem festen Entschluß, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Ausbruch des Weltkriegs zu verhindern.

Noch nicht eine Woche später war der Weltkrieg da. Sechs Länder Europas waren in ihn hineingezogen, England, Frankreich, Rußland und Serbien gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Kriegszustand. Und von den drei Ländern, wo die Sozialdemokratie parlamentarisch am stärksten vertreten ist, hatten in zweien, in Deutschland und Frankreich, die sozialistischen Fraktionen den Regierungen die Mittel zur Kriegführung bewilligt, im dritten, Oesterreich, sie es nicht erwirken können, daß die Regierung überhaupt die Zustimmung der Volksvertretung zu dem Krieg erst einholte.

Es lag ungemein nahe und ist denn auch nicht unterlassen worden, aus diesem Widerspruch zwischen den Beschlüssen vom 29. Juli und den rauhen Tatsachen den moralischen Zusammenbruch der Arbeiter-Internationale abzuleiten. Sie erschien dem großen Publikum nunmehr als der Ohnmacht überführt, in den großen Fragen der Weltpolitik ein entscheidendes Wort mitsprechen zu können, ihr Friedensprogramm wurde als ein durch das Verhalten ihrer Führer selbst in seiner Unrealität enthülltes Phantom hingestellt. Und daß die Wirklichkeit, wie sie sich in den Tagen vom 4. bis 6. August 1914 darbot, für die Freunde des Völkerfriedens, die auf den Friedenswillen der Arbeiter-Internationale vornehmlich ihre große Hoffnung gesetzt hatten, ein grausam rauhes Erwachen gewesen ist — wer wollte es leugnen? Die Angehörigen dieser Internationale aber sind sich Wahrheit über ihre moralische und materielle Kraft schuldig. Ihnen vor allen obliegt es zu untersuchen, ob ihre große Verbindung mit Notwendigkeit oder durch Unterlassungen versagt hat, und welche Folgerungen für ihr zukünftiges Wirken aus den Erfahrungen der verhängnisvollen Woche und den in ihrer Folge eingetretenen Vorgängen gezogen werden müssen. Den Verächtern der Internationale könnte man freilich mit gutem Recht zurufen: vos quoque et vos etiam pejus — Ihr habt gleichfalls und obendrein noch mehr versagt. Die berufsmäßigen, mit allen möglichen Machtmitteln ausgerüsteten Hüter des Friedens von Europa haben für diesen Zweck nicht um ein Haar mehr zuwege gebracht als die Arbeiterverbindungen, deren Mittel, mit den Mitteln jener verglichen, noch so überaus bescheiden sind. Abgesehen davon jedoch, daß zu solcher Gegenrechnung noch nicht die Zeit ist, würde sie auch für die Sozialdemokratie die Prüfung, wie es im eigenen Hause stand und steht, niemals überflüssig

machen. Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, an der Hand der Erfahrungen ihr Können abzuwägen, und nicht minder wichtig ist für sie die Frage, ob sie sich nach dem Maß ihres möglichen Könnens auch tatsächlich bewährt hat.

1. Das Unterbleiben von Massenstreiks gegen den Krieg.

Was kann die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterklasse tun Kriege unmöglich zu machen? In den Parlamenten überall in der Minderheit, könnte sie diese Aufgabe nur unter Zuhilfenahme außerparlamentarischer Aktionen erfüllen, und wir wissen, welche Art von Aktion insbesondere vielen Sozialisten in dieser Hinsicht vorschwebte. Auf nationalen und internationalen Kongressen ist viel darüber debattiert worden, ob man nicht durch den Massenstreik den Völkerkrieg aus der Welt schaffen könne. Die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie hat dies stets bezweifelt. Auf allen internationalen Kongressen haben sich die deutschen Vertreter dagegen erklärt, Beschlüsse zu fassen, welche jenen Gedanken zur Losung erheben sollten. Und es ist schwerlich zu viel gesagt, wenn man ihn als nun durch die Erfahrung widerlegt bezeichnet. Die Wirklichkeit hat gezeigt, daß, wenn es heute in Ländern moderner Entwicklung zum Krieg kommt, überall schon Verhältnisse eingetreten sind, die sowohl die ökonomischen wie namentlich auch die psychologischen Vorbedingungen einer Streikbewegung der Massen von dem Umfange, wie er für die Verhinderung des Krieges nötig wäre, in Wegfall bringen. Der gegenwärtige Krieg hat die von ihm betroffenen Völker schnell genug überrascht. Und doch sind ihm Wochen zunehmenden Geschäftsdrucks und damit wachsender Arbeitslosigkeit vorausgegangen, eine Zeit, wo von Tag zu Tag die Unmöglichkeit, durch Arbeitseinstellung politische Wirkungen zu erzielen, immer deutlicher sich offenbarte.

Zugleich aber riefen die von der bürgerlichen Presse immer tendenziöser dargestellten Vorgänge auf dem Gebiet der großen Politik in steigendem Maße die nationalen Leidenschaften der sonst indifferenten Bevölkerungsschichten wach, die sich stets urwüchsiger zu äußern pflegen, als die Reflexion voraussetzenden Empfindungen, wie sie den Friedenstendenzen der sozialistischen Arbeiterschaft zugrunde liegen. Was unter gewöhnlichen Umständen ein Element besonderer Kraft des sozialistisch gesinnten Proletariats ist, scheint in solcher Situation für es ein Element der Schwäche zu werden: seine objektivistische Stimme wird von dem lauten Geschrei national erhitzter Haufen, hinter denen nun die ganze nicht-sozialistische Presse steht, übertönt. So verliert es im kritischen Moment das Vertrauen in seine soziale Bedeutung, es sieht sich plötzlich in höherem Grade isoliert, als es glaubte und als auch vielleicht der Wirklichkeit entspricht. Andere, sein Selbstbewußtsein lähmende Momente sind, wenn die politische Situation sich zur Kriegsankündigung zuspitzt, das plötzliche Fehlen ausreichender tendenzfreier Berichte über die Vorgänge in denjenigen Ländern, gegen die das eigene Land in Kriegszustand tritt. Das Urteil über den Anlaß zum Krieg, ob dieser letztere Angriff oder Verteidigung heißt, wird unsicher, und damit fällt die Möglichkeit, so schnell, wie es nötig wäre, über die Frage zu entscheiden, ob der Streik gegen den Krieg nicht Streik gegen das in legitimer Abwehr eines Angriffs begriffene eigene Land heißen würde. Alles dies schafft Stimmungen, die gerade beim Ausbruch eines Kriegs allein schon der Allgemeinheit eines Streiks gegen ihn im Wege stehen würden. Wozu dann noch kommt, daß der in solchem Augenblick verkündete Kriegszustand die Militärbehörden in die Lage versetzt, jeden Versuch einer Propagandierung und Organisierung von gegen den Krieg gerichteten Streiks mit Gewalt und unter Verhängung schwerster Strafen zu unterdrücken. Indes haben aus den oben erwähnten Gründen die Organisationen der Arbeiter in solchen Tagen ganz andere Sorgen, als einen Massenstreik ins Werk zu setzen. Sie haben so viel mit Unterbringung und Unterstützung von schon Arbeitslosen zu tun, daß sie gar nicht daran denken können, die noch in Arbeit stehenden Mitglieder zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern. Nur wilde Organisationen, die sich um ihre Arbeitslosen nicht kümmern, könnten es tun,

würden aber, weil sie stets an Mitgliedern schwach sind, bei den Massen kein Gehör finden.

Es ist denn auch gerade in denjenigen der am Krieg beteiligten Länder, wo die Arbeiter gewerkschaftlich gut organisiert sind, ein ernsthafter Versuch in dieser Richtung nicht einmal gedanklich in Angriff genommen worden. Ohne damit behaupten zu wollen, daß nicht auch Verhältnisse denkbar und möglich seien, wo die Gegnerschaft der Volksmassen gegen einen von den Regierenden herbeigeführten Krieg sich durch Austritt aus den Werkstätten kundgeben würde, wird man doch sagen können und müssen, daß die Idee der Bekämpfung der Kriege durch den Massenstreik, in der Form, wie sie auf den Internationalen Sozialistenkongressen von Stuttgart, Kopenhagen usw. verfochten wurde, durch die Erfahrungen der ersten Augustwoche 1914 der Unrealisierbarkeit überführt worden ist und daher aus den Diskussionen zukünftiger Arbeiterkongresse als Progammpunkt wohl ausscheiden wird.

2. Die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse zur Kriegsfrage.

Bevor wir uns der Tätigkeit der Sozialisten in den Parlamenten zuwenden, haben wir zunächst festzustellen, welche Pflichten die internationalen Sozialistenkongresse den parlamentarischen Vertretern der Sozialdemokratie für Kriegsfälle auferlegt haben, und wie man sich die Ausführung gedacht hatte.

Auf verschiedenen ihrer großen Kongresse hat die internationale Sozialdemokratie sich mit der bezeichneten Frage beschäftigt. Ueberblicken wir die darüber gefaßten Beschlüsse, so stoßen wir zunächst auf die Tatsache, daß es in ihnen an jeder Vorschrift darüber fehlt, welche sich direkt auf die Abstimmungen über die Kredite für einen unmittelbar bevorstehenden oder schon eröffneten Krieg bezieht. Begreiflicherweise und, wird man hinzufügen dürfen, auch verständigerweise ist stets davon abgesehen worden, für eine Frage, die sich unter so verschiedenartig gestalteten Verhältnissen darbieten kann, wie es bei der Kriegsfrage möglich ist, bindende Satzungen mit dem für solche gebotenen Anspruch aufzustellen, durch sie alle etwa in Betracht

kommenden Fälle zu decken. Immerhin ward in der Resolution des internationalen Sozialistenkongresses von 1900 (Paris) über Völkerfriede, Militarismus und stehende Heere als »zweckmäßiges Mittel für die Durchführung der darin niedergelegten Grundsätze« unter Punkt 2 bemerkt,

»daß die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe des Militarismus, Marinismus oder der Kolonialexpeditionen zu stimmen verpflichtet sind.«

Militarismus und Marinismus sind abstrakte Begriffe, unter denen man sich sehr verschiedenes denken kann. Der französische Text der Resolution drückte sich jedoch konkreter aus und verlangte, daß die sozialistischen Abgeordneten

»s'engagent à voter contre toute dépense militaire et toute dépense pour la flotte et les expéditions militaires coloniales.«

Ebenso der englische Text, und es könnte aus ihnen mit Leichtigkeit gefolgert werden, daß die sozialistischen Abgeordneten auch bei einem Kriege gegen alle Ausgaben für Heer und Flotte zu stimmen hätten.

Indes käme es alsdann eben auf einen Auslegungsstreit an, und ferner besagt die Resolution nur, daß sich die Auferlegung dieser Verpflichtung empfehle, sie schreibt sie aber noch nicht selbst vor. Direkt auf den Kriegsfall zugespitzt und viel bestimmter gefaßt ist dagegen die folgende Resolution des Kongresses von 1907 (Stuttgart):

»Droht ein Krieg auszubrechen, so haben die Arbeiter der betreffenden Länder und ihre parlamentarischen Vertreter, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Sozialistischen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«

Der Kongreß von 1910 (Kopenhagen) bekräftigte diese Resolution und ergänzte sie durch folgende Anweisung an das Internationale Sozialistische Bureau:

»Zur Durchführung dieser Maßnahmen weist der Kongreß das Bureau an, bei drohender Kriegsgefahr sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um

zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder das Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen.

In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehr Ländern droht, und wenn dabei ein Zögern oder eine Verspätung in der Entscheidung der um Rat gefragten nationalen Parteien der betreffenden Länder eintritt, hat der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, auf das Ersuchen von mindestens einem der beteiligten Proletariate, das Internationale Sozialistische Bureau sowie die Interparlamentarische Sozialistische Kommission dringend einzuberufen, die sofort zusammentreten müssen, sei es in Brüssel, sei es an irgend einem anderen Orte, der je nach den Umständen dazu geeigneter erscheint.«

Das Internationale Sozialistische Bureau wird aus Mitteln der sozialistischen Parteien unterhalten, die den Internationalen Kongreß beschicken, und hatte seinen Sitz in Brüssel, das wegen seiner geographischen Lage und als Hauptstadt des neutralen und zweisprachigen Belgien ganz besonders für die Zentrale geeignet erschien. Die Vertreter der belgischen Arbeiterpartei im Bureau bildeten seinen geschäftsführenden Ausschuß, und ständiger Sekretär des Bureaus war Camille Huysmans, gleich drei andern Mitgliedern des Ausschusses, Ed. Anseele, Louis Bertrand, Emile Vandervelde, sozialistischer Abgeordneter in der belgischen Deputiertenkammer. Das Bureau hatte sich bisher in jeder Hinsicht ausgezeichnet bewährt, diesmal aber sollte es ihm nur beschieden sein, am Vorabend des Krieges der ihm zufallenden Aufgabe gerecht zu werden. Wir haben oben schon von seiner Sitzung vom 29. Juli und dem auf ihr gefaßten Beschluß berichtet. An jenem Tage bestand in sozialistischen Kreisen immer noch stark die Hoffnung, der Weltkrieg werde sich mit Hilfe von Kundgebungen und Aktionen der in dieser Hinsicht einigen Arbeiterklasse vermeiden lassen. Keinen Augenblick dachte man an einen Einmarsch von Truppen einer kriegführenden Macht in das neutrale Belgien, der dieses zum Teilnehmer am Krieg machen würde. Diese Möglichkeit ward auch nicht einmal beiläufig gestreift. Daß der zur Wirklichkeit gewordene Krieg nun doch gerade den Bruch der Neutralität Belgiens zum Anfang hatte, war einer der härtesten Schläge für das Internationale Sozialistische Bureau. Und zwar nicht bloß in bezug auf dessen praktische Möglichkeiten. Menschen können sich nicht halbieren, und da die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Bureaus sämtlich Mitglieder der belgischen Kammer waren, mußte die Sorge für die Verteidigung Belgiens gegen die ein- und vordringenden Deutschen ihr Denken und Empfinden

völlig beherrschen. Als belgische Volksvertreter waren sie durchaus damit einverstanden gewesen, daß Belgien der von Deutschland gestellten Forderung freien Durchmarschs gegen Frankreich nicht nachgab und sich auch nicht, wie Luxemburg, mit bloßem formalen Protest begnügte, sondern sich gegen ihn zur Wehr setzte. Nicht daß sie etwa von vornherein Partei für Frankreich genommen hätten. Aber man darf nicht vergessen, daß Eingehen auf Deutschlands Forderung von seiten der Belgier selbstwillige Verletzung ihrer Neutralität und einen feindseligen Akt gegen Frankreich bedeutet hätte. Denn unter strategischem Gesichtspunkt hieß zulassen, daß die deutsche Armee ungehindert durch Belgien gegen Frankreich vorrückte, eine sehr viel schwerere Benachteiligung Frankreichs, als das Umgekehrte für Deutschland bedeutet hätte. Die belgischen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus waren durch äußere Gewalt in einen Gewissenskonflikt versetzt worden, unter dessen Wirkung sie nach Lage der Dinge kaum anders handeln konnten, als sie gehandelt haben. Daß sie auf diese Weise für eine ganze Zeit aus Neutralen zu Kriegführenden und je nach ihrem Temperament zu leidenschaftlich Kriegführenden wurden, wird ihnen nur der verargen, der sich nicht in die Seele eines Volkes versetzen kann, dessen Land von einem übermächtigen Nachbar mit Waffengewalt unterworfen wird. Nur konnten sie unter diesen Umständen auch aus persönlichen Gründen nicht gut mehr als Ausschuß des Internationalen Sozialistischen Bureaus fungieren, und es wäre sicherlich das Richtigste gewesen, schon von dem Augenblick an, wo Belgien in den Krieg hineingezogen wurde, den Sitz des Ausschusses für die Dauer des Kriegs zeitweilig in eines der nun noch neutralen Länder zu verlegen und dortige Sozialisten mit der zeitweiligen Uebernahme der Aufgaben des Ausschusses und Sekretariats zu betrauen. Aber wem stand es zu, eine solche Verfügung zu beschließen, wo die Sozialisten der Hauptländer sich plötzlich in zwei gegenüberstehenden Lagern sahen und jeder Möglichkeit beraubt waren, direkt miteinander in Verbindung zu treten?

3. Die internationale Sozialdemokratie und der russisch-österreichisch-serbische Konflikt.

So schlimm indes die Stillsetzung des Ausschusses und Sekretariats des Internationalen sozialistischen Bureaus war, so war sie doch nicht die schlimmste Folge des Krieges für den geistigen Zusammenhang der Internationale der Arbeiter. Viel schlimmer war die plötzlich geschaffene Unmöglichkeit für die sozialistischen Parteien hüben und drüben, sich über ihr Verhalten und die Beurteilung der Vorgänge zu verständigen oder doch wenigstens zu verstehen. Die heutigen bürgerlichen Parteien stellt der Krieg vor keine seelischen Probleme. Ist er da, so gibt es für sie im gegnerischen Land nur noch »Feinde«. Es genügt nicht, daß die beiderseitigen Heere im Feld sich gegenüberstehen und dort einander materiell so viel Uebles anzutun haben, als sie nur können, man sucht sich auch von Volk zu Volk moralisch alles mögliche anzutun. Man gönnt dem Gegner nicht einmal den Glauben an das Recht der von ihm vertretenen Sache. Man spielt sich selbst als den Hüter der Kultur auf und schlägt dem höchsten Gut moderner Kultur, der gegenseitigen Durchdringung und Verknüpfung der Nationen, zu den ökonomisch-sozialen auch nach Kräften noch geistige Wunden. Im klassischen Sinne des Wortes für die Angehörigen des anderen Landes Barbaren zu sein, wird zur Bekräftigung der echt nationalen Gesinnung.

Die Arbeiterparteien machen es sich nicht so leicht. Sie fühlen sich, wenn ihr Land in einen Krieg verwickelt wird, vor die doppelte Aufgabe gestellt: das eigene Land vor Ueberwältigung und Zerstücklung zu schützen und zugleich die Güter nicht leiden zu lassen, die sie mit den Arbeitern und den sonstigen Trägern der großen Menschheitsziele im gegenüberstehenden Lager gemeinsam haben. Sie bekommen es nicht fertig, Leute, mit denen sie jahre- oder jahrzehntelang für diese Ziele Schulter an Schulter gekämpft haben, schon darum als »Feinde« zu hassen, weil ihre Länder Interessenfragen durch Anrufung der Waffen zur Entscheidung zu bringen suchen. Ihnen ist es infolgedessen Bedürfnis, das Verhalten jener zu verstehen, und daher war die Unterbrechung in den Möglichkeiten, wenigstens durch das Mittel der Presse zueinander zu sprechen, für sie eine

schwer empfundene Heimsuchung. Gab es doch eine Zeit, wo man z. B. bei uns nur noch ad usum delphini zugestutzte Satzstücke aus den Veröffentlichungen der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung der Länder zu lesen bekam, mit denen Deutschland nun im Krieg liegt, über den vollen Inhalt dieser Veröffentlichungen aber in Unkenntnis blieb. Jene Auszüge ließen wiederholt die Meinungsunterschiede unter den Sozialisten von Land zu Land größer erscheinen, als sie in Wirklichkeit waren.

Unsere Zeit lebt im allgemeinen schnell, und in Kriegszeiten überstürzen sich die Entwicklungen. Dies mußte um so mehr der Fall sein bei einem Krieg, wie der jetzige, wo über drei Viertel von Europa sich feindselig gegenüberstehen, die beiden Großstaaten Mitteleuropas im Kampf sind gegen das rückständige Reich des Zaren und die beiden vorgeschrittensten Nationen Westeuropas. Nimmt man heute die Nummer eines leidlich liberalen bürgerlichen Blattes eines der kriegführenden Länder vor und vergleicht sie mit einer Nummer des gleichen Blattes etwa vom 20. Juli 1914, so wird man den Eindruck empfangen, es komme die letztere Nummer aus einem andern Zeitalter, einer andern Welt. So groß ist der Unterschied in Sprache und Urteil hinsichtlich der Völkerbeziehungen, auf den man da stößt. Es ist, als hätten die Menschen am 4. August ganze Hektoliter Lethe getrunken und alles vergessen, was sie vor jener Zeit in dieser Hinsicht gesagt und geschrieben haben. So ist es mit ganz vereinzelten Ausnahmen in Deutschland, und so wird es auch in den meisten andern der am Krieg beteiligten Länder sein. Um aber den Standpunkt zu verstehen, der für die Sozialisten in den verschiedenen Ländern bei Ausbruch des Krieges die Haltung bestimmte, muß man auf die Tage zurückgehen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, und sich die damalige Stimmung der sozialistischen Welt vergegenwärtigen.

Wie war die Stimmung damals beschaffen? Die Note Oesterreichs an Serbien und die sofortige Eröffnung des Kriegs gegen Serbien durch das erstere, als Serbien nicht alle seine Forderungen ohne weiteres zugestand, sondern zwei, welche seine staatliche Selbständigkeit in Frage stellten, weiterer Verhandlung oder einem Schiedsspruch des Haager Gerichtshofs zu überweisen vorschlug, waren von der Sozialdemokratie, und außerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auch von der bürgerlichen Demokratie, mit entrüsteten Protesten beantwortet wor-

den. Die Sprache der Sozialdemokraten Deutschlands und Oesterreichs war womöglich noch schärfer in der Verurteilung der österreichischen Politik als die Sprache der Sozialisten in denjenigen Ländern, mit denen Deutschland und Oesterreich jetzt im Krieg liegen. So beantwortete der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie die Ueberreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien mit folgendem Aufruf, der zuerst im Vorwärts vom 25. Juli in einer Sonderausgabe bekannt gegeben und Tags darauf in der ganzen sozialdemokratischen Presse Deutschlands an hervorragender Stelle veröffentlicht wurde (wir geben ihn mit den Auszeichnungen des Originals wieder):

»Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, **Tod und Verderben über ganz Europa** zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die **frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung** den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den **Krieg geradezu zu provozieren.**

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. **Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.**

Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen

den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! **Der Weltkrieg droht!** Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!
Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Der Parteivorstand.«

In allen Städten Deutschlands fanden gemäß diesem Aufruf große Protestversammlungen statt, deren Redner in womöglich noch schärferer Tonart sprachen, als sie in der vorstehenden Kundgebung angeschlagen ward. Oesterreichs Vorgehen ward

überall in den leidenschaftlichsten Ausdrücken verurteilt. Die sozialdemokratische Presse war voller heftiger Anklagen gegen das politische System der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Und ebenso wiederholte man überall die schon in der Kundgebung des Parteivorstandes betonte Forderung, daß die deutsche Reichsregierung ihren ganzen Einfluß dafür aufbiete, den Krieg zu verhindern.

Fast gemessen liest sich im Vergleich hiermit der Artikel von Jean Jaurès in der Humanité vom 29. Juli, als Oesterreich Serbien den Krieg erklärt hatte. Hier die wichtigsten Sätze:

»Die jetzt offizielle Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien ist gar nicht zu rechtfertigen. Oesterreich behauptet, Serbien habe nicht alle von ihm in seiner Note aufgezählten Forderungen erfüllt. Was die Welt viel mehr überrascht hat, ist, daß Serbien in bezug auf Zugeständnisse viel weiter gegangen ist, als man annehmen durfte. Wenn Serben, wie es wahrscheinlich ist, schwere Torheiten begangen haben, so hat Serbien sie durch den heroischen Mut gut gemacht, mit dem es Oesterreich die weitestgehenden Genugtuungen zuerkannt hat. Der Krieg ist unentschuldbar. Und die immanente Gerechtigkeit, die nicht bloß ein Wort ist, wird sich eines Tages der Monarchie fühlbar machen, welche die Menschheit in die Lage bringt, entweder dem unbilligen Mißbrauch der Gewalt zuzuschauen oder in der Entfesselung eines Weltkrieges die gewagteste Gutmachung der begangenen Ungerechtigkeit zu suchen.

Was das kaiserliche Deutschland betrifft, so wird es sich nicht gegen den Vorwurf verteidigen können, Oesterreich auf dieser schlimmen Bahn ermutigt zu haben.«

Auch das Organ der englischen Arbeiterpartei, der »Daily Citizen«, drückte sich über die Kriegserklärung Oesterreichs verhältnismäßig sachlich aus. In seiner Nummer vom 27. Juli schrieb es:

»Dieses furchtbare Unheil ist wie ein tückisches Raubtier, still, fast unbeobachtet auf uns losgesprungen. Wir betrachten Oesterreich ganz entschieden als den Angreifer. Sein Streit mit Serbien datiert nicht von gestern, beginnt nicht mit dem Verbrechen von Serajewo. Die in diesem Konflikt der Regierungen sich bergenden Fragen sind solche der Rasse und des Territoriums. Oesterreich hat in der sinnlosen Ermordung des Erzherzogs nur den Vorwand gefunden, auf den es lange gewartet hat. Ohne die Spur eines Prozesses hat Oesterreich Serbien und serbische Offiziere für schuldig erklärt. Es will in dieser Mordsache Richter, Geschworener und Henker sein. Es sagte faktisch zum schwächeren Staat: ‚Wir haben Dir den Prozeß gemacht und Dich für schuldig befunden. Wir wollen keine Erklärung, kein Leugnen, keine Verteidigung hören. Wir fordern, daß Du Dein Verbrechen eingestehst und die schwerste und demütigendste Strafe auf Dich nimmst, die wir Dir auferlegen können.‘ — Der Versuch, unbewiesene Anschuldigungen mit der Spitze des Bajonetts Serbien in den Hals zu jagen, ist kein Verfahren, das zivilisierte Menschen gutheißen können.«

Schärfer ertönte es aus dem Brüsseler »Peuple«, dem Organ der belgischen Arbeiterpartei. »Oesterreich braucht die Dunkelheit, um seinen schlechten Streich auszuführen«, schrieb es in seiner Nummer vom 31. Juli, als die Kriegsoperationen schon ihren Anfang genommen hatten. »Wir wissen nichts Zuverlässiges darüber, wo die Truppen zusammengezogen werden, noch welches Ziel ihnen gegeben wird. Wir wissen aber leider, daß der Krieg andauert, und daß der ernsthafteste Versuch, ihm eine Grenze zu setzen und ein Ende zu machen, zu dem England die Initiative ergriffen hatte, erfolglos geblieben ist. Dieser in Paris und Rom sehr gut aufgenommene Vorschlag einer Konferenz der vier nicht direkt am Konflikt interessierten Mächte ist in Berlin höflich, aber entschieden abgelehnt worden. Müssen wir somit jede Hoffnung fahren lassen?«

Der Artikel erörtert dann die Möglichkeiten einer Schwächung der österreichischen Kriegsführung durch den Widerwillen der Slaven und der sozialistischen Arbeiter Oesterreichs gegen den Krieg und schließt mit der bitteren Bemerkung:

»Franz Joseph beendet seine Regierung wirklich mit einer schlechten Handlung. Aber wer weiß, ob es nicht zugleich auch ein schlechtes Geschäft ist?«

An andrer Stelle kommentiert das Blatt den Aufruf Franz Josephs an die Völker Oesterreichs in Wendungen, die durch die Ueberschrift: »Senilität, Gewissensmangel und Lüge« und durch den Schlußsatz zur Genüge gekennzeichnet sein werden:

»Zur Ehre der Menschheit wollen wir noch Zweifel zulassen an der vollen Bewußtheit desjenigen, der diese Zeilen geschrieben hat und sich nicht scheut, das fürchterlichste Abschlachten zu entfesseln.«

Die Sozialdemokratie Oesterreichs hatte in jenen Tagen schon nicht mehr das gewohnte Maß von Bewegungsfreiheit. Sie sah sich unter einem Ausnahmezustand, der durch die schon erwähnte Tatsache genügend bezeichnet wird, daß die Regierung den Krieg ins Werk setzte, ohne auch nur für einen Tag den Reichsrat einzuberufen. Auch war die Partei dadurch zu größerer Zurückhaltung genötigt, als immerhin die Tatsache einer gegen Oesterreich gerichteten Agitation in Serbien und unter den Serben Oesterreichs vorlag und serbische Zeitungen eine sehr feindselige Sprache gegen Oesterreich geführt hatten. Dies hat sie aber nicht abgehalten, in sehr entschiedener Sprache gegen den Krieg Stellung zu

nehmen. Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat erließ beim Bekanntwerden des Wortlauts des österreichischen Ultimatums einen Aufruf, worin sie zunächst die Art und Weise der großserbischen Agitation scharf verurteilte und anerkennt, daß Serbien Oesterreich Genugtuung schulde, dann aber erklärt:

»Aber wir sind überzeugt, daß die serbische Regierung diesen Forderungen Oesterreich-Ungarns, die durch das Völkerrecht sanktioniert sind, keinen Widerstand hätte entgegensetzen können, keinen Widerstand auch entgegengesetzt hätte. Wir sind überzeugt, daß für alles, was Oesterreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und immer noch wäre, und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klassen, erklären es als die Vertretung der deutschen Arbeiter in Oesterreich, daß wir

für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen

können, daß wir für ihn und für alles, was aus ihm an furchtbar ernsten Folgen entspringen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, ersonnen, unterstützt und gefördert haben.«

Zu dieser Feststellung und Erklärung seien die Unterzeichneten um so mehr verpflichtet und gedrängt, als die Völker Oesterreichs seit vielen Monaten der Tribüne entbehrten, von der aus sie ihren Willen verkünden könnten.

»Angesichts der Gefahr eines Krieges, der die volle Hingabe von Gut und Blut in Anspruch nimmt, erscheint die

planmäßige Vergewaltigung des Volkswillens,

wie sie in der Ausschaltung des Parlaments liegt, um so erbitternder und aufreizender, ... Wir protestieren gegen ein Regierungssystem, das keine Achtung vor den grundsätzlich verbürgten Rechten des Volkes hat; wir protestieren gegen eine Regierungstätigkeit, die die Nationen mit Unmut, das Volk mit Verzweiflung erfüllt.«

Und der Aufruf schließt:

»Dem Volk ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm. Der politischen Freiheit in den Versammlungen und in der Presse sind Fesseln angelegt. In dem Bewußtsein der schicksalsschweren Stunde soll noch einmal unser Mahnruf laut werden:

Der Friede ist das kostbarste Gut des Menschen,
das höchste Bedürfnis der Völker!

Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, **hüben wie drüben**, angestiftet haben und entfesseln wollten. Wir wissen uns darin einig mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt, nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens, und feierlich bekennen wir uns zu der Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode!«

Wir könnten auf diese Weise Land auf Land durchnehmen und würden überall die gleiche Stimme vernehmen. In der leidenschaftlichen Stellungnahme gegen den Krieg und in der Kennzeichnung Oesterreichs als dem Hauptanstifter waren die Sozialisten aller Länder bis dahin einig. Mittlerweile hatte jedoch das Eintreten Rußlands zugunsten seines Schützlings Serbien in diese scheinbar so einfache Fragestellung ein Moment hineingetragen, das sie sehr wesentlich verschob. Was Rußland für Serbien verlangte, deckte sich so ziemlich mit den Forderungen der Internationale der Sozialdemokratie. Rußland gab, wie man weiß, zu, daß Serbien Oesterreich Genugtuung und Bürgschaften guter Nachbarschaft schulde, wollte aber nicht zulassen, daß es militärisch erdrückt und in seiner Eigenschaft als selbständiger Staat beeinträchtigt werde. Aber wenn zwei das Gleiche verlangen, so bedeutet es noch nicht das Gleiche. Es ist nicht nötig zu bestreiten, daß Mitgefühl für das stammverwandte und seit langem auf Petersburg als seinen Beschützer blickende Serbien bei Rußlands Eintreten für das letztere mitgewirkt hat. Aber bestimmend für sein Verhalten war die Erwägung, daß das Vorgehen Oesterreichs Rußlands Ansehen und in weiterer Folge seine ganze Machtstellung auf dem Balkan bedrohte. Wie umgekehrt dieses Vorgehen Oesterreichs zwar immer noch als Ausfluß einer rückständigen militaristischen Denkweise zu beurteilen ist, aber doch nicht widersinnig erscheint, wenn es als Maßnahme für die Wiedergewinnung der Position beurteilt, die Oesterreich durch die zwei Balkankriege und den Zusammenbruch des Oesterreich zuliebe geschaffenen Staates Albanien auf dem Balkan verloren hatte. So wurde unvermeidlich der österreichisch-serbische Konflikt zum österreichisch-russischen Konflikt, und Eintreten für Serbien hieß von da ab auch Eintreten für Rußland.

Was das für die Sozialdemokratie Deutschlands zu besagen hatte, braucht kaum erst ausgeführt zu werden. Ihre großen Vorkämpfer Marx und Engels wie auch ihre ersten Führer Bebel und Liebknecht haben ihr die Todfeindschaft gegen das zarische Rußland sozusagen als Erbstück hinterlassen. Nun hat sich allerdings seit der Zeit, wo Marx und Engels den Kampf gegen Rußland als leitendes Motiv der auswärtigen Politik der Sozialdemokratie aufstellten, manches in den Voraussetzungen geändert, die für sie dabei bestimmend waren. Engels selbst hat z. B. wiederholt geschrieben, daß von dem Zeitpunkt an, wo Ruß-

land in das konstitutionelle Leben mit Parlament usw. eintrete, es nicht mehr in dem gleichen Maße Gefahr für die politische und soziale Entwicklung seiner Nachbarvölker und mittelbar Europas überhaupt sein werde, als es dies in der Eigenschaft als Domäne des bureaukratisch-absolutistischen Zarismus gewesen war. Und so langsam auch der Koloß Rußland sich kulturell entwickelt, so ist doch immerhin auch bei ihm Entwicklung festzustellen. Dem steht jedoch der Umstand gegenüber, daß auch als halb konstitutioneller Staat — und zu mehr hat es Rußland noch nicht gebracht — das russische Reich ein Militärstaat bleibt, wie es nur je einen gegeben hat, und daß diejenigen gesellschaftlichen Schichten, die durch das Stück Konstitutionalismus, welches Rußland endlich erhalten hat, mitregierend werden, Bürgschaft für eine weniger imperialistische auswärtige Politik, als das alte absolute Regiment sie vertrat, nicht darbieten. Auch derjenige deutsche Sozialdemokrat, der das politische Erbe der großen Vorkämpfer der Partei dem Recht der Inventur unterwirft, kann daher ein Rußland, das Polen in Banden hält, Finnland seiner Rechte beraubt, fünf Millionen Juden politisch und wirtschaftlich unterdrückt, ebenfalls nur als ein Staatswesen betrachten, das in seiner jetzigen Gestalt »wert ist, daß es zugrunde geht.« Als bekannt wurde, daß Rußland mobilisierte, um gegebenenfalls mit Waffengewalt gegen Oesterreich vorzugehen, und es sich immer deutlicher zeigte, daß ein russisch-österreichischer Krieg auch ein russisch-deutscher Krieg sein würde, konnte nicht mehr die Frage den Ausschlag geben, ob Rußlands Forderungen in bezug auf Serbien objektiv gerecht waren, sondern mußte die Frage in den Vordergrund treten, ob man als deutscher Sozialist um Serbiens willen die Möglichkeit eines Eindringens russischer Truppen in Deutschland und eines etwaigen Sieges Rußlands und seiner Verbündeten über Deutschland zulassen durfte. Solange noch ein Funken Aussicht vorhanden war, durch diplomatische Mittel die Kriegsgefahr abzuwenden, ist die deutsche Sozialdemokratie für diese Lösung des Konflikts eingetreten, hat sie gefordert, daß Deutschland seinen Einfluß auf Oesterreich im Sinne der Mäßigung von dessen Auftreten geltend mache. In seiner Nummer vom 30. Juli schrieb der »Vorwärts« unter Hinweis darauf, daß die Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Oesterreichs die Gefahr stündlichen Aufloderns des Weltbrands heraufbeschworen habe:

»Was ist zu tun, um solche **unabsehbare Kulturschmach** abzuwehren, um den entsetzlichen Ausgang zu verhüten?

»England und Rußland haben die vorläufige Einstellung der österreichischen Feindseligkeiten angeregt. Oesterreich hat abgelehnt, weil es erst einmal die **Sprache der Kartätschen** sprechen lassen will. Deutschland soll bisher abgelehnt haben, dieser Forderung, der ersten und wichtigsten, der für die Frage des Weltkriegs **ausschlaggebenden,** beizutreten! Das ist ein Standpunkt der deutschen Regierung, den wir nicht zu fassen vermögen, der, wie wir oben dargelegt, gerade der deutschen Regierung die **furchtbarste Verantwortung** auflädt! Vor dem **eigenen Volke,** vor den **Auslandsmächten,** vor dem Forum der **Weltgeschichte.**

»Schon ertönt es in Frankreich, wo man so heiß wie irgendwo die Erhaltung des Weltfriedens ersehnt, daß nunmehr kein Mensch mehr Rußland, sondern einzig **Oesterreich** und seinen Verbündeten **Deutschland** als den **Anstifter zum Weltbrand,** den wirklichen Störenfried betrachten müsse.

»Und in England ist die Auffassung ganz allgemein, daß als ausschlaggebender Faktor der deutsche Kaiser in seiner Eigenschaft als Verbündeter und Berater Oesterreichs aus den Falten der Toga die Lose Krieg oder Frieden schütteln könne.«

Das sei richtig. Von Wilhelm II. falle die Entscheidung. Ihm stelle der »Vorwärts« gern das Zeugnis aus, daß er sich wiederholt als aufrichtiger Freund des Friedens bewährt habe. Aber selbst der tatkräftigste Mensch sei Einflüssen nicht unzugänglich, und mächtig arbeite die Kamarilla der Kriegstreiber, um den Völkerkrieg, den Weltbrand, die Verwüstung ganz Europas zu erzielen. Ihr müsse entgegengerufen werden:

»**Die Einwirkung Deutschlands auf Oesterreich ist das erste Gebot!** Erst die Waffenruhe vermag vernünftigen, ausgleichenden Verhandlungen freie Bahn zu schaffen.

Wer skrupellos zu fernerem Dreinhauen rät, ist ein **Verbrecher am eigenen Volke,** wie er **gegen die Kulturgemeinschaft aller zivilisierten Völker** verbrecherisch frevelt.«

Selbst noch am 31. Juli, als die Entscheidung über Krieg und Frieden auf des Messers Schneide stand, als ein Erlaß des Zaren schon die Hälfte der russischen Armee auf Kriegsfuß setzte, schloß der »Vorwärts« seinen Leitartikel, der die Gefahren der Situation und des Völkerkrieges eindringlich schilderte, mit dem leidenschaftlichen Appell:

»Als Partei der internationalen Völkersolidarität richten wir unsere Mahnung und Warnung an die Verantwortlichen aller Staaten.

»Wir warnen **Rußland,** durch seine Mobilisierung einen Zustand zu schaffen, der den blutigsten Völkermord heraufbeschwört, aber auch das Ende des Zarismus bringen kann!

»Wir beschwören **Frankreich,** seinen ganzen Einfluß auf Rußland auszuüben, damit es nicht durch seine plumpe Kosakenpolitik auch Frankreich in die unabsehbaren Schrecknisse des europäischen Krieges hineinreißt.

»Aber wir warnen auch dringlichst noch einmal die **deutsche Regierung**, den Bogen zu überspannen! Das deutsche **Volk**, das hat die Demonstration des deutschen Proletariats bewiesen, will den **Frieden**, will die **Verhandlungen**, will die **Schlichtung des Konflikts**!

»Das beispiellose Treiben der unverantwortlichen Kriegshetzer sucht **Kaiser und Kanzler mattzusetzen** und die Kriegsfurie skrupellos zu entfesseln!

»Ihm gilt es in der schicksalsschwersten Stunde die unerschütterliche Losung entgegenzusetzen:

Die Bahn frei für Verhandlungen für die Sicherung des Friedens!
Nieder mit den Kriegshetzern!«

Es ist das Verhängnis der heutigen staatlichen Zustände, daß, wenn die Beziehungen der Staaten zueinander sich zu einer Krisis zuspitzen, beim Heranrücken des kritischen Zeitpunktes die Unterrichtung der Völker über die Vorgänge jenseits der Grenzen und den diplomatischen Verkehr der Regierungen untereinander eine immer lückenhaftere, einseitigere und dadurch schon tendenziöse wird. Es ist dann, als ob ein Nebelschleier sich herabsenke, der keinen klaren Ausblick mehr erlaubt und die Menschen jenseits als phantastische Gestalten erscheinen läßt. Dabei überstürzen sich die Ereignisse, jede Stunde schafft eine andre Situation, und die Möglichkeit, die Verantwortlichkeiten festzustellen, nimmt immer mehr ab.

Am 31. Juli ward in Deutschland der Kriegszustand verhängt. Die Presse stand nun unter Aufsicht, der Nachrichtendienst unter Zensur. Nichtsdestoweniger brachte auch noch in seiner Nummer vom 1. August der »Vorwärts« einen Artikel, der eindringlich aufforderte, kein Mittel unversucht zu lassen, das in letzter Stunde den Krieg vermeiden könne. Zwar sei inzwischen gemeldet worden, Rußland mobilisiere nun eine ganze Armee. Indes dürfe man daraus keine zu weitgehenden Folgerungen ziehen.

»Die russische Mobilisation erscheint uns als **kein Grund**, die ernstesten, geduldigsten Verhandlungen vom Standpunkt ehrlichster Friedenspolitik aus fortzusetzen. Niemand kann wissen, ob nicht Rußland nur deshalb seine Kriegsbereitschaft in forciertem Tempo fortzusetzen für notwendig hielt, weil der Lokal-Anzeiger durch sein eigentümliches Versehen fälschlicherweise die **deutsche Mobilisation** publizierte. Aber auch Rußlands Mobilisierung braucht Deutschland noch nicht nervös zu machen, weil ja Rußland wegen seiner Heeresorganisation und der Weitläufigkeit seines Landes **unendlich viel längere** Zeit zur Mobilisierung gebraucht wie Deutschland.«

Zu spät. Als das Vorstehende im Druck erschien, erfuhr man zugleich die Nachricht von dem Ultimatum der deutschen

Regierung an die russische und die französische Regierung, und am 2. August war gegen Rußland und Frankreich der Krieg erklärt.

4. Die Sozialdemokratie in den Parlamenten Deutschlands und Frankreichs und der europäische Krieg.

Es ist noch nicht an der Zeit und gehört auch nicht zur Aufgabe dieser Arbeit, Untersuchungen über das Maß der Verantwortungen für diesen Krieg anzustellen. Ganz umgehen läßt sich dieser Punkt aber insofern nicht, als für Kennzeichnung des Verhaltens der sozialistischen Parteien hüben und drüben, sowie in den neutralen Ländern selbstverständlich auch die Feststellung gehört, wie sich ihnen nun die Tatsachen und die Verantwortlichkeiten darstellten.

In Deutschland war folgendes die Sachlage. Es stand fest, daß Rußland mindestens mit der offiziellen Mobilisierung vorangegangen war, und die offizielle Mobilisierung ist Kriegsdrohung. Auf das an Rußland gerichtete Ultimatum der deutschen Regierung, dessen Frist bis auf den 1. August nachmittags 5 Uhr verlängert war, hatte, laut dem Weißbuch, das die Reichsregierung am 3. August veröffentlichte, die russische Regierung überhaupt nicht geantwortet, auf das an Frankreich gerichtete Ultimatum nach demselben Bericht die französische Regierung die in den Ohren von Sozialisten wenig ansprechend klingende Antwort gegeben, Frankreich werde tun, was seine Interessen ihm geböten. Frankreich und Rußland erschienen als diejenigen, welche durch militärische Handlungen die Feindseligkeiten eröffnet hatten. Im Osten und im Westen standen laut offiziellen Berichten Soldaten der nunmehrigen Feinde auf deutschem Gebiet.

Diese Dinge vor Augen hatte am 4. August die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie darüber zu entscheiden, ob sie die von der Regierung für die Kriegsführung geforderten Kredite bewilligen solle oder nicht. Ich glaube mich keiner unerlaubten Indiskretion schuldig zu machen, wenn ich bemerke, daß in der Beratung über diese Frage der Streitfall Oesterreich-Serbien, der doch den Anstoß zur Kriegssituation gegeben hatte, kaum noch berührt wurde. So sehr hatten die Mobilisierungen und die Berichte über Eröffnung der Feindseligkeiten alle andern

Gesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt. Für die große Mehrheit der Fraktion handelte es sich jetzt nur noch darum, sich klar zu werden, ob in einem Zeitpunkt, wo Feinde schon einen Fuß ins Land gesetzt hatten und der Hauptfeind obendrein Rußland hieß, eine Partei, welche ein Drittel des deutschen Volkes vertritt, denjenigen, die nun einmal die Verteidigung des Landes zu führen haben, die Mittel zur Verteidigung und zur Fürsorge für die Krieger und deren Angehörige versagen dürfe. Dies schien denen, welche sich die Frage so stellten, eine Unmöglichkeit. Umgekehrt fragte sich eine Minderheit, ob es angängig sei, die Mittel zu einem Kriege zu bewilligen, über dessen unmittelbare Vorgeschichte man nur erst einseitigen Bericht habe und der obendrein der Ausfluß eines politischen Systems sei, gegen welches die Sozialdemokratie stets mit größter Energie angekämpft habe. Die Mittel für einen solchen Krieg bewilligen hieß nach ihr für die Sozialdemokratie, sich mit sich selbst in Widerspruch setzen, und würde auf die Arbeiter anderer Länder den schlechtesten Eindruck machen, in der Internationale der Arbeiter die größte Verwirrung stiften.

Diese letztere Ansicht konnte indes bei der Abstimmung in der Fraktion nur zwischen einem Sechstel und einem Siebentel der Abstimmenden für sich gewinnen. Sechs Siebentel der Fraktion stimmten dem Antrag zu, der sich für Bewilligung der Kriegskredite aussprach, und da vorher beschlossen worden war, im Reichstag selbst auf jeden Fall einheitlich zu stimmen, konnte dieser am 4. August 1914 das Schauspiel darbieten, daß mit den bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der Forderung eines Kredits von fünf Milliarden Mark für Kriegszwecke zustimmte und die Vertretung des deutschen Volks so dem feindlichen Ausland eine einheitliche Front zeigte. Die Begründung der Abstimmung aber, vom Vorsitzenden der Fraktion, Hugo Haase, verlesen, lautete:

»Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung dafür fällt den Trägern dieser Politik zu, w i r lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

»Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

»Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind! Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

»Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende Verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

»Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volks befleckt hat, viel, wenn nicht alles, auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

»Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volks.

»Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

»Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.«

Wenn dieser Erklärung das Zeugnis nicht versagt werden konnte, daß sie durchweg sozialistischen Geist atmet und mit keiner Silbe den Grundsätzen der Internationalität der Arbeiterbewegung widerspricht, so bedeutet das noch nicht, daß alle Argumente, die gegen die Bewilligung der Kredite vorgebracht wurden, unbeachtlich gewesen waren. Nie liegt bei solchen Entscheidungen auf der einen Seite nur Wahrheit und auf der andern nur Irrtum. So erwies sich der Einwand, die Sozialisten des Auslands würden die Abstimmung nicht verstehen und an der deutschen Sozialdemokratie irre werden, als nicht ganz unbegründet. Nicht überallhin drang nämlich mit der Nachricht von der Bewilligung der Kredite zugleich auch die sie begründende Erklärung, und anderwärts gab der Telegraph die letztere nur in gekürzter Form wieder während der Austausch der Zeitungen durch den Krieg unterbrochen war. Infolgedessen hörte man in der Tat in verschiedenen Ländern aus dieser Abstimmung der deutschen

Sozialdemokratie nur das Ja heraus und faßte es als eine Zustimmung zum Kriege selbst auf. Als solche aber war sie für die Mehrheit der Sozialisten des Auslands eine arge Enttäuschung. Auf die deutsche Sozialdemokratie mit ihren vier Millionen Wählern hatten die Sozialdemokraten aller Länder als ihre stärkste Vormacht in der Bekämpfung der Kriege geblickt. Die Haltung von Bebel und Liebknecht beim Ausbruch des Krieges von 1870 war immer und immer wieder als Wahrzeichen dafür in Erinnerung gebracht worden, was die von ihnen begründete Partei im gleichen Falle tun werde. Und nun hatte diese zu so großer Stärke gelangte Partei die Mittel zu einem Kriege bewilligt, der nicht, wie der Krieg von 1870, a n Deutschland, sondern nach Westen und Osten hin v o n Deutschland erklärt worden war.

Formal traf das letztere freilich zu, und selbst die Bedeutung der Grenzverletzungen, mit denen die deutsche Regierung die Kriegserklärungen begründete, wurde bestritten. Vielmehr beschuldigten die Regierungen von Frankreich und Rußland ihrerseits die deutsche Heeresführung, mit Ueberschreitungen der Grenze den Anfang gemacht zu haben. Schon am 1. August hatte die französische Regierung der englischen durch ihren Botschafter in London eine Note überreichen lassen, wonach deutsche Patrouillen bereits am 31. Juli an zwei Stellen die französische Grenze überschritten hätten, während die Franzosen ihre Vorposten zehn Kilometer von der Grenze entfernt hielten. Die örtliche Bevölkerung habe sogar dagegen protestiert, daß man sie in dieser Weise feindlichen Truppen preisgebe, die französische Regierung lege aber Wert darauf, der öffentlichen Meinung und der britischen Regierung klaren Beweis abzulegen, daß Frankreich in keinem Falle der Angreifer sein werde. Deutschland habe, wie die französische Regierung jetzt genau wisse, schon am gleichen Tage seine militärischen Vorbereitungen ins Werk gesetzt, wo die österreichische Note an Serbien eingehändigt wurde. Alles das, schloß die Note, werde den Botschafter in die Lage versetzen, der britischen Regierung »für die friedlichen Absichten der einen und die aggressiven Absichten der andern Partei den Beweis zu liefern.«

Bei der heutigen Natur der militärischen Rüstungen und der gewaltigen Größe der modernen Heere, ist der Streit darüber, wer mit den Kriegsvorbereitungen angefangen habe und auf

welcher Seite zuerst die Grenze verletzt worden sei, die natürlichste und zugleich am schwersten zu entscheidende Sache von der Welt. In jedem Lande geht der offiziellen Mobilmachung eine inoffizielle voraus, ist die erstere nur der Schlußstein von militärischen Maßnahmen, mit denen jede Regierung in dem Augenblick beginnt, wo für sie die Kriegswolke am Horizont sich zeigt. Die ersten Verfügungen aber sind solche, denen man nach Bedarf die harmloseste Deutung geben kann. Stehen dann die Riesenheere an den Grenzen sich gegenüber, so sind Voreiligkeiten an der einen oder andern Stelle ebenso schwer zu vermeiden, wie Ausschreitungen einzelner im Kriege selbst. Beweisführungen, daß die andere Partei angefangen habe, werden bei Dritten stets nur in dem Maße Glauben finden, als diese von vornherein in die Friedensliebe der einen oder andern Seite größeres Vertrauen setzen.

In dieser Hinsicht stand es nun in bezug auf das offizielle Deutschland bei den europäischen Demokratien leider nicht günstig. Hier war man von jeher gewohnt, Deutschland als das klassische Land des Militarismus und der Steigerung der Rüstungen zu betrachten und zu fürchten — letzteres mit der die Furcht stets begleitenden Empfindung. In den Demokratien war die Erinnerung an die gewaltige Heeresvorlage von 1913, an die Vorgänge in Zabern, an die Krupp-Affaire, die Telegramme des deutschen Kronprinzen und ähnliches noch in lebhafter Erinnerung. Da vergaß man nicht, daß Deutschland Oesterreichs Unnachgiebigkeit in der serbischen Frage durch seine Diplomatie unterstützt hatte, da war man infolge von Vorkommnissen, wie die offiziell bestrittene, aber doch vom halboffiziösen Berliner Lokalanzeiger gemeldete frühe Mobilmachung Deutschlands, stutzig geworden und nahm auch andere offizielle Angaben der Reichsregierung nur mit Mißtrauen auf. Unter anderem stieß die Begründung, die der deutsche Reichskanzler am 4. August dem Bruch der belgischen Neutralität durch Deutschland gab, im demokratischen Ausland, die Arbeiterparteien voran, auf starken Unglauben. Ihr stand zunächst die von der französischen Regierung abgegebene Erklärung gegenüber, daß Frankreich bestimmt verspreche, die Neutralität Belgiens zu respektieren, wenn keine andre Macht sie vorher verletze, und selbst Jean Jaurès hatte sich am 29. Juli bei der großen Kundgebung in Brüssel für die friedlichen Absichten der französischen Regierung

verbürgt. Nach dem ausführlichen Bericht des Brüsseler »Peuple« hatte der in der Internationale der Arbeiter beliebteste und geachtetste aller sozialistischen Führer erklärt:

»Uns französischen Sozialisten ist eine leichte Aufgabe gestellt. Wir brauchen unserer Regierung nicht erst die Friedenspolitik vorzuschreiben, sie befolgt sie in der Praxis. Ich, der ich nie gezaudert habe, den Haß unserer Chauvinisten auf mein Haupt zu laden durch mein hartnäckiges und nie nachlassender werdendes Streben nach Erstellung der deutsch-französischen Annäherung, ich habe das Recht zu erklären, daß in der gegenwärtigen Stunde die französische Regierung den Frieden will und für Erhaltung des Friedens arbeitet.«

»Die französische Regierung ist der beste Friedensverbündete dieser bewunderungswürdigen englischen Regierung, welche die Initiative zur Vermittlung ergriffen hat. Und sie wirkt auf Rußland durch ihre Ratschläge im Sinne der Weisheit und Geduld.«

Man darf sicher sein, daß Jaurès von der Wahrheit seiner Worte überzeugt war. Im privaten Kreise machte er sogar nähere Mitteilungen über die bezeichneten Schritte der französischen Regierung. Ob sie die Tatsachen richtig trafen, ist natürlich eine ganz andre Frage. Aber es handelt sich hier nicht um die geschichtliche Beurteilung der Handlungen und Absichten der Regierungen, sondern um die Kennzeichnung der Urteile, welche in der Sozialdemokratie der verschiedenen Länder darüber bei Beginn und während des Krieges obwalteten.

Die Ehrlichkeit von Jaurès, die keines Beweises mehr bedarf, wird zum Ueberfluß durch den Satz verbürgt, den er dem obigen folgen ließ:

»Unsere Pflicht ist es darauf zu bestehen, daß sie (die französische Regierung) mit Nachdruck auf Rußland einspreche, sich (der Kriegserklärung) zu enthalten. Sollte aber unglücklicherweise Rußland dem nicht nachkommen, so ist es unsere Pflicht zu erklären: Wir kennen nur Einen Vertrag, den Vertrag, der uns an das Menschengeschlecht bindet.«

Zwei Tage, nachdem er diesen wundervollen Satz gesprochen, war Jaurès nicht mehr unter den Lebenden. Die Hand eines erhitzten Chauvinisten hatte den gewaltigen Tribunen der Menschheit und Menschlichkeit hinterrücks ermordet. Man ist versucht, sie nachträglich zu segnen. Sie hat diesem edlen Mann erspart, den Zusammenbruch des Werks zu erleben, für das er sein herrliches Genie eingesetzt hatte.

Wie Jaurès im Rat der französischen Sozialisten gesprochen und gestimmt hätte, als diese sich bald darauf endgültig über Krieg und Frieden schlüssig zu machen hatten, ist nicht so sicher, als es nach dem vorstehenden und unzweifelhaft ernst

gemeinten Satze erscheinen mag. Denn Jaurès war kein absoluter Pacifist. Er war nur absoluter Gegner jedes Angriffskriegs. Sein auch in deutscher Sprache erschienenes, auf tiefgehenden militärischen Studien beruhendes Werk »Die Neue Armee« (Jena 1913, Eugen Diederichs) ist eine ganze Theorie des Verteidigungskriegs, den Jaurès im gegebenen Fall mit aller Kraft geführt wissen wollte. Es kam also auch darauf an, in welchem Licht ihm schließlich der neue deutsch-französische Krieg erschienen wäre. Sein letztes, von der Humanité zugleich mit dem Bericht über seine Ermordung mitgeteiltes Gespräch mit Mitgliedern der französischen Regierung forderte verstärkten Druck auf Rußland, daß dieses sich dem zweiten Vermittlungsvorschlage Englands anschließe, behandelte aber Rußland als Verbündeten Frankreichs. Jaurès verlangte, die Regierung solle diesem erklären:

»Unser Land hat das Recht von seinem Verbündeten zu verlangen, daß er so weit als möglich in der von England angezeigten Richtung gehe. Rußland muß den englischen Vorschlag akzeptieren. Andernfalls hat Frankreich die Pflicht ihm zu erklären, daß es ihm nicht folgen, sondern bei England verharren werde.«

Rußland hatte aber nun auch den zweiten Vorschlag Englands angenommen, er war nur gleich dem ersten am Widerstand Oesterreichs gescheitert. Der Krieg Deutschlands und Oesterreichs gegen Rußland war da, formal von Deutschland erklärt. Wie sich die französischen Sozialisten in solcher Situation zu verhalten hätten, geht aus den Worten von Jaurès nicht zwingend hervor. Wie stand es bei seinen Kollegen?

Als am 2. August die Fraktion der geeinten Sozialisten Frankreichs über die Situation beriet, überwog die Anschauung, daß die Hauptverantwortung für den Krieg bei der deutschen Regierung läge, die durch einen Druck auf Oesterreich ihm hätte vorbeugen können. Aber die Abneigung gegen den Krieg war so stark, daß nichtsdestoweniger eine Gruppe gegen den Krieg und die Kriegskredite stimmen wollte, eine zweite Enthaltung für angezeigt hielt und nur eine Minderheit der Ansicht war, man werde unter der veränderten Sachlage gar nicht umhin können, die Kriegskredite zu bewilligen. Die dann erfolgte Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich und das Bekanntwerden der Absicht Deutschlands, durch Belgien hindurch in Frankreich einzumarschieren, hatten zur Folge, daß am 4. August die sozialistische Kammerfraktion einmütig für die Kriegskredite stimmte.

Noch am 28. Juli hatte sie in Hinblick auf die Nachricht vom Einmarsch österreichischer Truppen in Serbien eine Erklärung erlassen, worin sie aussprach, daß eine bewaffnete Intervention Rußlands das Uebel nur verschlimmern, die Gefahr nur vergrößern könne. Die Intervention würde, hieß es,

»nur das Spiel des kriegslüsternen imperialistischen Deutschtums besorgen, das seine Stunde gewählt zu haben scheint, ein Gewaltunternehmen ohnegleichen ins Werk zu setzen, und das eines Tages den Mißbrauch, den es mit der brutalen Gewalt treibt, sich gegen sich selbst wird kehren sehen«.

Alle Bemühungen Frankreichs und Europas müßten auf den Erfolg der von England vorgeschlagenen Vermittlung gerichtet sein, jede bewaffnete Aktion Rußlands würde »diesen weisen und hochherzigen Plan« durchkreuzen. »Frankreich, das seit mehr als vierzig Jahren seinen Anspruch auf Elsaß-Lothringen den höheren Interessen des Friedens untergeordnet hat«, dürfe sich nicht in einen Konflikt ziehen lassen, dessen Gegenstand Serbien sei. Es dürfe »unter keinen Umständen durch mehr oder weniger willkürliche Auslegung von geheimen Verträgen und dunklen Abmachungen in einen furchtbaren Kampf geschleudert werden.«

Nun war der Kampf da, und die Unterzeichner sahen sich genötigt, die Mittel für ihn zu bewilligen. Mehr noch, als Ende August die deutschen Truppen über Belgien hinweg nach Frankreich vorrückten, stimmten sie zu, daß zwei aus ihrer Mitte in das Ministerium eintraten, das nun ein Ministerium der nationalen Verteidigung wurde. Es waren dies Jules Guesde, der alte Vorkämpfer der Lehren des Deutschen Marx in Frankreich und einer der Ersten, die es gewagt hatten, die Ideen der Revanche an Deutschland von der Tribune herab rückhaltlos zu bekämpfen, und Marcel Sembat, einer der intimsten und eifrigsten Mitkämpfer von Jean Jaurès für die deutsch-französische Annäherung und Verfasser der dieser Sache gewidmeten Schrift »Faites la paix, sinon faites un roi«, worin er der Republik zurief, sie müsse sehen, endlich einmal zu einem wirklichen Frieden mit Deutschland zu kommen, widrigenfalls es logischer wäre, sich gleich dem ganzen Militarismus in die Arme zu werfen, der einen König an der Spitze brauche. Stärker kann die Irrationalität des gegenwärtigen Krieges kaum beleuchtet werden, als durch die Tatsache, daß diese beiden Männer, bis vor kurzem noch durchaus Gegner des russisch-französischen

Bündnisses, nun zu dem Zweck in das Ministerium traten, dem Kampf, den Frankreich im Bunde mit dem Zaren gegen Deutschland führt, die höchste Kraft zu verleihen. Indes hätte die französische Sozialdemokratie wahrscheinlich doch Anstand genommen sich so völlig mit diesem Kampf zu identifizieren, wenn sie nicht von der oben gekennzeichneten Anschauung über die Verantwortung am Kriege durchdrungen wäre.

Die Fraktion begründete den Eintritt ihrer zwei Mitglieder in das Kabinet Viviani mit einem Manifest, dem folgende zwei Stücke entnommen seien:

»Das Oberhaupt der Regierung war der Ansicht, daß für die Organisation eines Kampfes, der mit größter Hartnäckigkeit geführt werden muß, die Zusammenarbeit aller notwendig sei, und vor allem auch die Mitwirkung jener, die zur Entwicklung des Proletariats die Unterdrückung des Despotismus für notwendig halten. Der Präsident wußte, daß zu allen Zeiten in schwerer Stunde, 1793 wie 1870, gerade jene Menschen, gerade jene Sozialisten, gerade jene Revolutionäre es waren, in die die Nation ihr Vertrauen setzte. Ohne erst eine Kundgebung des Volkswillens abzuwarten, hat sich der Chef der Regierung an unsere Partei gewandt, und unsere Partei hat geantwortet: »Wir sind bereit!« In diesem Sinne sind unsere Freunde in die Regierung eingetreten. Sie sind sich des gewaltigen Werkes bewußt, das sie durchzuführen haben, und sie werden vor allem erreichen, daß dem Lande die Wahrheit gesagt wird. Sie werden den Mut und den Willen des Landes zum Siege aufrechterhalten und entwickeln, indem sie ihm volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Regierung geben. Wir werden die Erhebung der Masse ins Werk setzen, wir werden Sorge tragen, daß keine Kraft, kein guter Wille ungenutzt bleibe. Wir werden die Quellen überprüfen, aus denen unsere Bewaffnung, aus denen unsere Versorgung kommt, und uns bemühen, sie zu vermehren. Von Tag zu Tag soll die Zusammenarbeit aller verfügbaren Kräfte, soll auch die Erzeugung von Munition und Waffen intensiver werden. Nur ein Wille, frei von Vorurteilen, einzig und allein geführt von der Rücksicht auf das Heil des Landes, nur eine ungeheure Anspannung der Organisation kann die nationalen Energien zum höchsten Grad ihrer Nutzbarkeit führen. Da ist die Anwesenheit unserer Freunde im Schoße unserer Regierung für alle eine Gewähr, daß die republikanische Demokratie bereit ist, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. . . . .

Die ersten Prüfungen und der Enthusiasmus der Mobilisierungstage geben uns die Gewißheit, daß wir nicht nur für den Bestand des Vaterlandes, nicht nur für die Größe Frankreichs, sondern für die Freiheit, für die Republik — für die Zivilisation kämpfen. Wir kämpfen, damit die Welt, befreit von der erstickenden Umarmung des Imperialismus und allen Kriegsgreueln, endlich den Frieden in der Achtung vor den Rechten aller genieße. Diese Ueberzeugung werden die sozialistischen Minister der ganzen Regierung einflößen. Sie werden so die Arbeit des Kabinetts beleben, sie werden diese Ueberzeugung aber auch der heroischen Armee mitteilen, in der heute die Blüte der Nation kämpft. Und durch ihre Ausdauer, durch ihren Schwung der Begeisterung werden sie zugleich das Heil des Vaterlandes, den Fortschritt der Menschheit sichern.«

5. Die belgische Arbeiterpartei und der Krieg.

Wie die französische Sozialdemokratie hat auch die Sozialdemokratie Belgiens sich ihrer Regierung im Kampf gegen Deutschland an die Seite gestellt. Daß die letztere den Antrag Deutschlands ablehnte, gegen spätere Entschädigung den deutschen Truppen freien Durchmarsch wider Frankreich zu gestatten, hatte durchaus ihren Beifall gehabt. Die belgischen Sozialisten ließen sich, wie oben mitgeteilt (vgl. S. 8), dabei von der Ansicht bestimmen, daß die Einwilligung in jenen deutschen Antrag einem freiwilligen Verzicht auf die Neutralität ihres Landes gleichkam und eine feindselige Handlung gegen Frankreich bedeutet hätte. Am 3. August, als der Krieg Deutschlands gegen Frankreich erklärt war und es bekannt wurde, daß Deutschland die Absicht habe, Truppen durch Belgien gegen Frankreich marschieren zu lassen, erließ der Zentralausschuß der belgischen Arbeiterpartei das folgende, von L. de Broukère, Emile Vandervelde und H. Wauters entworfene Manifest:

»An das Volk in Belgien.

»Der europäische Krieg ist erklärt. In einigen Tagen, vielleicht schon in einigen Stunden, werden Millionen Menschen, die in Frieden zu leben wünschen, gegen ihren Wunsch in das fürchterlichste Morden hineingezwungen sein, durch Verträge, die sie nicht gut gekannt haben und durch einen Willen, der nicht der ihre ist. Die Sozialdemokratie ist für dieses Unglück nicht verantwortlich. Sie hat nicht einen Augenblick unterlassen, die Völker zu warnen, den Rüstungswahnsinn zu hemmen und zu verhindern, daß ganz Europa von dieser Katastrophe getroffen wird.«

»Aber heute ist das Unglück eine Tatsache geworden, und angesichts der schicksalsschweren Ereignisse beherrscht uns nur ein Gedanke: so rasch wie möglich alle unsere Kraft einzusetzen, um dem Angriff auf unser Landesgebiet Schranken zu setzen. Wir wollen dies um so heißeren Herzens tun, da wir durch die Verteidigung unseres Landesgebiets, unserer Neutralität und sogar der Existenz unseres Landes gegen die militaristische Gewalt zugleich der Demokratie und der Sache der Freiheit in Europa dienen.

»Unsere Genossen, die unter die Fahnen gerufen werden, werden zeigen, wie die sozialistischen Arbeiter in der Stunde der Gefahr handeln. Aber unter welche Verhältnisse immer sie kommen mögen, so bitten wir sie, selbst inmitten all der bevorstehenden Schrecknisse niemals zu vergessen, daß sie der Internationale der Arbeiter angehören und soweit dies mit der legitimen Selbstverteidigung und Landesverteidigung irgendwie vereinbar ist, aus allen Kräften Brüderlichkeit und Güte zu zeigen.

Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei.«

Als dann nach dem gewaltsamen Ein- und Vordringen der deutschen Truppen die belgische Regierung eine alle Parteien umfassende Nationalregierung werden sollte, ist Emile Vandervelde in Uebereinstimmung mit der Partei in das Ministerium eingetreten. Als einer der Abgesandten der belgischen Regierung ist er im September nach England und den Vereinigten Staaten gegangen, deren Hilfe gegen Deutschland anzurufen und Deutschland vor der Oeffentlichkeit dieser Länder der Vergewaltigung seines Landes anzuklagen. Er hat dabei auch von Greueltaten berichtet, die deutsche Soldaten in Belgien an Männern, Frauen und Kindern begangen hätten. Wir erwähnen das letztere ohne hier daran Kritik zu üben. Daß Ausschreitungen in keinem Kriege und in keinem Lager fehlen, daß ihr Vorkommen nichts für oder gegen die Gerechtigkeit einer Sache beweist, hat sich ein Mann von der hohen Intelligenz Vanderveldes sicherlich selbst gesagt. Im übrigen haben wir hier nicht über ihn und seine Partei zu Gerichte zu sitzen. Ob sie klug, ob sie richtig handelten, wird die Geschichte zu entscheiden haben. Eines aber muß hier festgestellt werden. Was die Erregung des einmal entbrannten Kampfes mit sich gebracht hat, steht auf einem eignen Kapitel. Nichts aber berechtigt zu der Annahme, daß die Führer der belgischen Arbeiterpartei von Anfang an parteiisch gegen das deutsche Volk gesinnt gewesen seien. Tatsächlich sind die Beziehungen der belgischen Arbeiterbewegung zur deutschen Arbeiterbewegung viel engere gewesen, als ihre Beziehungen zur französischen Arbeiterbewegung; verschiedene der einflußreichsten und meistgenannten Führer der belgischen Sozialdemokratie haben mit Vorliebe geistige Verbindung mit Deutschland gepflogen. Daß andrerseits Sozialdemokraten die politischen Einrichtungen Frankreichs sympathischer sind, als die Deutschlands, ist nicht nur in Belgien der Fall.

6. Die Arbeiterparteien Englands und der Krieg.

Kommen wir zum vierten der Länder, die direkt vom Krieg erfaßt worden sind, England, so zeigt sich uns ein etwas anderes Bild, als es uns Deutschland, Frankreich und Belgien dargeboten haben.

Es ist zunächst nicht einheitlich. Ein Teil der englischen

Sozialisten scheint von vornherein insofern für die englische Regierung und deren Verbündete Partei ergriffen zu haben, als sie Deutschland für das vor allem zu bekämpfende Land erklärten. Aber auch sie waren dabei nicht von irgendwelchen feindseligen Gefühlen gegen die deutsche Nation beseelt. Ihr Haß gilt dem Militarismus, dessen schädlichste Abart in ihren Augen das heutige Deutsche Reich vertritt. Seit langem ist es namentlich der Veteran des Marxismus in England, H. M. Hyndman, der diese Auffassung in Wort und Schrift verficht, und es konnte daher nicht anders sein, als daß er nun den Kampf wider dieses Deutschland predigte. Das heißt, nachdem der Krieg offiziell erklärt war. Wenige Tage vor der Kriegserklärung hatte die britische sozialistische Partei, der er angehört, noch ein Manifest an die Arbeiter Großbritanniens erlassen, in welchem sie sich gegen den Krieg erklärte, »der kein Krieg der Völker« sei. Nach der Kriegserklärung aber ward in »Justice«, dem Organ der Partei, die Abstimmung der deutschen Sozialdemokratie über die Kriegskredite wie folgt beurteilt:

»Wir müssen gestehen, daß die . . . . Abstimmung der sozialdemokratischen Partei im Reichstag uns nur unter der Annahme erklärlich scheint, daß der Reichstag, nachdem am 31. Juli Kriegsrecht in Deutschland verkündet worden war, den wirklichen Stand der Dinge nicht kannte. Gegen einen drohenden Angriff von seiten Rußlands ist der Umfall der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchaus zu rechtfertigen und gemäß den Entscheidungen der Internationalen Kongresse berechtigt. Die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erfolgte am 1. August. Aber an diesem Tage besetzten deutsche Truppen auch die Eisenbahnstation von Luxemburg, nachdem die Truppen bereits in Aachen konzentriert worden waren. Am folgenden Tag ward das Ultimatum an Belgien abgegeben, und am 3. August der Krieg an Belgien und Frankreich erklärt. Alles das war geschehen, bevor am 4. August im Reichstag über die Kriegskredite abgestimmt wurde. . . . Der Reichstag ist bis auf den 24. November vertagt. Wenn er an diesem Tage zusammentritt, mögen die Taktiken der preußischen »Nationalverteidigung« um diese Zeit in Deutschland allgemein bekannt sein. Wir sind sicher, daß alsdann die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten das Beispiel befolgen werden, welches Bebel und Liebknecht während des deutsch-französischen Krieges gegeben haben.«

Die britische sozialistische Partei vertritt nur eine Minderheit der erklärten Sozialisten Englands. Der weitaus größere Teil gehört der unabhängigen Arbeiterpartei an, die selbst wiederum dem linken Flügel der von den englischen Gewerkschaften gegründeten großen Arbeiterpartei Englands bildet. Im Rat der letzteren, die sich einen Bund von Gewerkschaften und Sozialisten nennt, wie auch in ihrer parlamentarischen Vertretung

überwiegen Gewerkschaftsvertreter, die ihren Entscheidungen öfters einen opportunistischen Charakter geben, doch tragen immerhin auch ihre Beschlüsse den Stempel demokratischer und sozialistischer Gedankenrichtung. Delegierte der Arbeiterpartei, der unabhängigen Arbeiterpartei, der britischen sozialistischen Partei und des Bundes der fabischen Sozialisten bilden zusammen die britische Sektion des Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses, und dieser Ausschuß veröffentlichte am Vorabend des Krieges einen Aufruf an das englische Volk, worin er in ähnlicher Argumentierung wie die festländischen Sozialisten und womöglich noch schärferer Sprache zum Widerstand gegen den Krieg aufforderte. Dieses, von den Abgeordneten Artur Henderson und J. Keir Hardie unterzeichnete Manifest lautet:

»Der langangedrohte europäische Krieg ist über uns. Seit über 100 Jahren hat keine solche Gefahr die Zivilisation bedroht. Es liegt an Euch, Euch volle Rechenschaft von der verzweifelten Lage zu geben und prompt und kräftig im Interesse des Friedens zu handeln. Ihr seid nie wegen des Krieges befragt worden. Was auch das Urteil über den plötzlichen, erdrückenden Angriff des militaristischen Reiches von Oesterreich gegen Serbien sein mag, sicher ist, daß die Arbeiter aller Länder, die in den Konflikt hineingezogen werden können, alle Nerven anspannen müssen, um ihre Regierungen an der Teilnahme am Kriege zu verhindern.

»Ueberall nehmen Sozialisten und die organisierten Kräfte der Arbeiterklasse diese Haltung ein. Ueberall richten sie leidenschaftliche Proteste gegen die Habsucht und die Ränke der Militaristen und Rüstungsinteressenten. Wir rufen Euch auf, dasselbe hier in Großbritannien in einem noch eindrucksvolleren Maßstabe zu tun. Haltet Riesendemonstrationen gegen den Krieg in jedem industriellen Zentrum ab. Zwingt jene von den herrschenden Klassen und ihrer Presse, die Euch zur Mitwirkung mit dem russischen Despotismus hineinhetzen wollen, still zu bleiben und die Entscheidung der überwältigenden Mehrheit des Volkes, das von dieser Infamie nichts wissen will, zu respektieren. Heute wäre der Erfolg Rußlands der Fluch der Welt.

»Es ist keine Zeit zu verlieren. Schon werden infolge geheimer Verträge und Abmachungen, von denen die Demokraten der zivilisierten Welt nur Gerüchte kennen, Schritte unternommen, die uns alle in den Kampf stürzen können.

»Arbeiter, steht deshalb zusammen für den Frieden! Vereinigt Euch und besiegt den militaristischen Feind und die selbstsüchtigen Imperialisten heute, ein für allemal.

»Männer und Frauen Großbritanniens! Ihr habt jetzt eine beispiellose Gelegenheit, der Menschheit und der Welt einen glänzenden Dienst zu erweisen!

»Verkündet, daß die Tage der Plünderung und der Schlächterei für Euch vorbei sind. Schickt die Botschaft des Friedens und der Brüderlichkeit an Eure Kameraden, die weniger Freiheit haben, als Ihr. Nieder mit der Klassenherrschaft! Nieder mit der Herrschaft der brutalen Gewalt! Nieder mit dem Krieg! Hoch die friedliche Herrschaft des Volkes!«

Die Schnelligkeit, mit der der Krieg hereinbrach, ließ wenig Zeit zur Befolgung der Aufforderung übrig. Indes sah immerhin London am 2. August eine von 6 bis 7000 Personen besuchte Protestversammlung auf Trafalgar Square, und auch in der Provinz hat es an solchen Versammlungen nicht gefehlt. England ist sogar nicht ohne Versuch geblieben, den Krieg durch Streik der Arbeiter unmöglich zu machen. Der seine eigene Pfade wandelnde Sozialist George Lansbury schrieb in dem von ihm redigierten Londoner »Daily Herald«:

»Wenn der Protest gegen den Krieg Wirkung haben soll, so müssen diejenigen Arbeiter, welche es in ihrer Macht haben, die Verkehrsmittel zu kontrollieren, sich weigern zu erlauben, daß sie für Zwecke verwendet werden, welche unbeschreibliches menschliches Elend verursachen werden. Sie müssen gegen den Krieg streiken. Die Arbeiterführer müssen sofort handeln. Hier ist den Arbeitern Gelegenheit gegeben, einen Schlag gegen das eigentliche Herz des kapitalistischen Systems zu führen. Die Arbeiter haben die Waffe fertig zur Hand. Mögen sie es wagen, weise zu sein.«

In Uebereinstimmung damit faßten in Cardiff, der großen mitten im Südwalliser Kohlenrevier gelegenen Hafenstadt Kohlenarbeiter in einer Versammlung einstimmig den Beschluß, die für die Kriegsflotte dringend benötigte Kohle nicht zu fördern. »Wir weigern uns«, hieß es in dem Beschluß, »die Einmischung dieses Landes in den gegenwärtigen europäischen Konflikt zu ermutigen oder ihr irgendwie Vorschub zu leisten.«

Inwieweit oder wie lange dieser Beschluß durchgeführt wurde, ist aus der uns zugängig gewordenen englischen Presse nicht zu ersehen. Was seine Ausführung bedeuten konnte, bedarf keiner näheren Auseinandersetzung. »Hätten diese Leute in Deutschland so gehandelt«, erklärte ein Abgeordneter im Parlament,»so würden sie sofort festgenommen und erschossen worden sein.«

Im Haus der Gemeinen ließen es die Vertreter der Arbeiterparteien in den Tagen vor der Kriegserklärung nicht an Interpellierung der Regierungsvertreter über den Gang der Verhandlungen mit den Mächten fehlen. Namentlich forderten sie dringend Auskunft darüber, ob England Frankreich oder Rußland gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, kraft deren es angehalten werden könne, an einem Krieg dieser sich zu beteiligen. Es ward das bestritten, und Beweise für bindende Abmachungen dieser Art sind auch nicht erbracht worden. Später hat jedoch die britische Regierung in ihrem Weißbuch über die europäische

Krise selbst Urkunden veröffentlicht, die von Besprechungen über eine Kooperation mit Frankreich in einem etwaigen Kriege berichten, und daß solche Besprechungen schließlich auch mit Rußland stattgefunden haben, ist durch Schriftstücke festgestellt, welche die deutsche Regierung aufgegriffen und veröffentlicht hat. Die englische Regierung hatte sich also jedenfalls weiter mit Frankreich und Rußland eingelassen, als sie der Oeffentlichkeit Englands mitzuteilen für gut hielt, und darüber haben die Vertreter der englischen Arbeiter sie, unterstützt durch das größere Maß von Preßfreiheit, das in England auch während des Krieges gilt, sowie durch das Weitertagen des Parlaments in Kriegszeiten, in Presse und Parlament sehr scharf zur Rede gestellt.

Noch am 4. August hielten die sozialistischen Parteien und die parlamentarische Leitung der Gewerkschaften eine Konferenz über die Kriegsfrage ab, in der sie aufs neue gegen den Krieg protestierten und die Forderung stellten, mindestens ein paar Tage lang noch die Waffen ruhen zu lassen, bis festgestellt sei, ob überhaupt Deutschland die Neutralität Belgiens verletzt habe — ein Beschluß, der zwar durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers vom gleichen Tag überflüssig gemacht wurde, aber um so mehr erkennen läßt, welche freundschaftliche Gesinnung mit Bezug auf Deutschland die Urheber des Beschlusses beseelte.

In der Sitzung des Hauses der Gemeinen vom 9. September, die sich speziell mit der Kriegserklärung beschäftigte, führte James Ramsay Macdonald, der Vorsitzende der Fraktion der Arbeiterpartei, namens dieser aus:

»Sir Edward Grey hat davon gesprochen, was »Englands Ehre« erfordere. Es gibt wohl keinen Krieg, auch nicht den verbrecherischsten, für den nicht Staatsmänner sich auf die Ehre der Nation berufen hätten. So war es mit dem Krimkrieg, so mit dem Burenkrieg, und so ist es jetzt. Was hat es für einen Sinn zu sagen, daß wir Belgien helfen müßten, wenn wir in Wahrheit uns in einen Krieg einlassen, der Europas Karte ändern muß? Grey hat nicht ein Wort von Rußland gesprochen, aber man möchte auch gern ein Wort darüber hören. Wir möchten eine Vorstellung davon haben, was geschehen wird, wenn die Macht in Europa an Rußland übergeht. Unsere Freundschaft mit Frankreich, auch so wie Grey sie schildert, kann keines der Länder berechtigen, sich um des andern willen in einen Krieg einzulassen. Der Gedanke, daß Frankreich in Gefahr käme, aus Europa vertilgt zu werden, daß es nicht mehr seine Rolle in der Zivilisation spielen könnte, ist eine absolute Absurdität; Grey hat ja auch gesagt, daß Frankreich imstande sei, sich selbst zu verteidigen. Aber der Gedanke selbst ist eine Ungereimtheit und kann keineswegs ein Eingreifen in den Krieg von unserer Seite rechtfertigen. Ich weiß, daß wir die Majorität des Hauses gegen uns haben; aber so war es auch beim Burenkriege, und darauf folgte der große Umschlag von

1906. Wir bereiten uns nun darauf vor, dasselbe durchzumachen, wie damals. Was auch geschehen mag und welchen Angriffen wir auch ausgesetzt sein mögen, so werden wir doch immer wieder sagen, daß England hätte neutral bleiben müssen, weil wir aus innerstem Herzen überzeugt sind, daß dies das Richtige und das Einzige gewesen wäre, das mit der Ehre der Nation und den Traditionen der jetzigen Regierungspartei übereingestimmt hätte.«

Im gleichen Sinne sprach in der nämlichen Sitzung von Sozialisten noch der Veteran der unabhängigen Arbeiterpartei, J. Keir Hardie. Beide, Keir Hardie und Macdonald, haben dann noch wiederholt im Labour Leader, dem Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, die englische Regierung als Mitschuldige am Kriege hingestellt, wobei sie allerdings anerkannten, daß die Regierung und ihr Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, während der vorangegangenen Krise sich bemüht hätten den Krieg zu vermeiden. Da sei es aber schon zu spät gewesen. Durch frühere Abmachungen habe sich die Regierung selbst die Hände gebunden und infolgedessen nicht alles getan, was England außerhalb des Krieges hätte halten und diesen so vielleicht hätte verhindern können. Nach Erscheinen des englischen Weißbuchs über den Krieg schrieb Macdonald im Labour Leader:

»Aus der Rede Greys vom 3. August und aus dem Weißbuch kann man ersehen, wie die Entente England in ihre Netze verstrickt hat. Von 1906 ab gab es einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen französischen und englischen Heeres- und Marineführern. Es entstanden Pläne für eine Kooperation zu Wasser und zu Lande. In Uebereinstimmung mit diesen Plänen ließ die französische Flotte die Nordküste unbewacht. Die Pläne waren überdies auf die Voraussetzung gegründet, daß Belgiens Neutralität in einem allgemeinen Kriege nicht respektiert werde. Sechs Jahre lang hat dieser Gedankenaustausch stattgefunden. Die Pläne wurden nach Petersburg gesandt, und ein Großfürst, der Beziehungen zu der deutschen Partei in Rußland hatte, soll sie nach Berlin gesandt haben. Deutschland wußte all diese Jahre, daß zwischen England und Frankreich militärische Vereinbarungen getroffen worden sind und daß Rußland seine militärischen Operationen in Zusammenhang damit führen würde. So tief hatten wir uns in das französisch-russische Bündnis verwickelt, daß uns Sir Grey am 3. August sagen mußte, wenn auch unsere Hände frei seien, so sei doch unsere Ehre gebunden.«

»So widerstandslos hatte sich England verpflichtet für Frankreich und Rußland zu kämpfen, daß Grey den Versuch Deutschlands, uns außerhalb des Streites zu halten, kurzerhand abwies. Deshalb konnte er nicht die ganze Wahrheit dem Parlament sagen. Er hat uns verschwiegen, daß nicht die Unabhängigkeit, sondern nur die Neutralität Belgiens gefährdet war, und ließ uns glauben, die Unabhängigkeit dieses Staates wäre gerade so gefährdet, wie seine Neutralität. Auch hat er uns das Gespräch mit dem deutschen Botschafter vom 1. August nicht mitgeteilt. Und warum? Weil Grey ohne Mitwissen der Nation England so sehr an Frankreich und Rußland gebunden und sich verpflichtet hat, an der Seite dieser Mächte zu kämpfen, daß er nicht mehr in der Lage war, über Neutralität zu verhandeln.«

Greys Politik habe »während der letzten acht Jahre eine Bedrohung des europäischen Friedens« bedeutet, sie sei »ein Unglück für England«. Als er und der Ministerpräsident Asquith im Parlament versicherten, England sei durch seine Entente mit Frankreich nicht zu kriegerischer Aktion gebunden, sei »das dem Buchstaben nach wahr, der Sache nach aber unwahr gewesen«.

Macdonald schloß den Artikel zusammenfassend wie folgt:

»Grey hat sein Bestes getan, den Folgen seiner Politik zu entkommen und Europa den Frieden zu erhalten. Als das aber nicht mehr ging, war er gezwungen, sein Land in den Krieg mit hineinzuziehen. Nur so ist der offenbare Gegensatz [in Greys Erklärungen und Handlungen] zu erklären. Daß England in den Krieg sich einmischt, ist die Folgewirkung der Greyschen Politik.«

Der Ausschuß der Unabhängigen Arbeiterpartei aber erließ einen neuen Aufruf zur Kritik der englischen Regierung, worin es hieß:

»Es ist ebenso unrichtig, zu sagen, daß die englische Politik völlig weiß und die deutsche völlig schwarz gewesen sei, wie zu sagen, daß die deutsche Politik völlig richtig und die englische völlig verwerflich ist. Selbst wenn jedes Wort im englischen Weißbuch wahr ist, fehlt doch die weitere Beweisführung. Es sei zugegeben, daß Grey in den Tagen, die dem Kriege unmittelbar vorausgingen, für den Frieden arbeitete. Das war aber zu spät; er hatte selbst viele Jahre lang mit den andern Diplomaten den Abgrund gegraben, und ein wahrhaft weises staatsmännisches Genie hätte das sichere Resultat vorausgesehen und vermieden. Nicht die serbische oder die belgische Frage hat dieses Land in den fürchterlichen Kampf geworfen. Großbritannien steht nicht im Kampf für unterdrückte Nationen oder für Belgiens Neutralität. Wäre Frankreich durch Belgien in Deutschland eingerückt, wer glaubt da, wir hätten Feindseligkeiten gegen Frankreich eröffnet? Hinter dem Rücken von Parlament und Volk gab Grey Frankreich heimliche Versprechen, deren Existenz er leugnete, wenn er gefragt wurde. Darum steht dieses Land nun im Angesicht des vollständigen Ruins und der stahlharten Notwendigkeit des Krieges. Verträge und Abmachungen haben Frankreich gezwungen, sich ins Schlepptau nehmen zu lassen vom despotischen Rußland, und England von Frankreich. Aber jetzt kommt das alles zutage, und die Männer, die die Verantwortung tragen, sollen zur Rechenschaft gezogen werden. England hat sich hinter Rußland gestellt, die reaktionärste, korrumpierteste und am brutalsten unterdrückende Macht in Europa. Läßt man Rußland seine territorialen Wünsche befriedigen und seine Kosakenmacht ausdehnen, so läuft die Zivilisation und die Demokratie ernstliche Gefahr, und dafür hat England das Schwert gezogen!«

Daß neben dem Freunde Gladstones, John Morley, und dem Großneffen des berühmten liberalen Geschichtsschreibers Macaulay, Charles Trevelyan, auch der frühere Sozialdemokrat und Arbeiterführer John Burns als Gegner des Kriegs aus dem Ministerium Asquith-Grey ausschied, ist hier ebenfalls zu erwähnen. Burns, ein Genie der Arbeiterklasse, hatte sich, seit

er Minister geworden, durch rücksichtsloses und wenig urbanes Auftreten in starken Gegensatz zu den sozialistischen Parteien Englands gesetzt, aber stets behauptet, in seinem Denken noch der alte geblieben zu sein, und seine Beziehungen zu der Arbeiterbewegung in weiterem Sinne nie ganz gelöst. Er war in der Tat immer ein heftiger Gegner imperialistischer Politik gewesen, und sein Verhalten im vorliegenden Falle ist um so bemerkenswerter, als Burns, der zuletzt Minister für Handel und Gewerbe war, durch seinen Rücktritt auf ein Jahresgehalt von 100 000 Mark verzichtet hat.

Wie aber die Kritik der bezeichneten englischen Sozialisten an der Politik Asquith-Grey zumeist mit einer noch schärferen Kritik der österreichisch-deutschen Politik verbunden war, so hat sie auch bei den wenigsten von ihnen sich, nachdem der Krieg einmal da war, in Verweigerung der Kriegsmittel umgesetzt. Hier handelte es sich, da England noch keine allgemeine Dienstpflicht kennt, sondern für ein Heer auf freiwillige Einzeichnung angewiesen ist, um die Frage, ob man der von der Regierung Anfang September ergangenen Aufforderung zur Bildung von Ausschüssen aus allen Parteien für die organisierte Rekrutierung von Freiwilligen Folge geben solle oder nicht. Der Ausschuß der Arbeiterpartei hat das letztere getan und seine Mitglieder Henderson, Goldstone und Parker in einen aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzten parlamentarischen Ausschuß für die Werbearbeit delegiert. Er hat dafür die Zustimmung des parlamentarischen Komites des englischen Gewerkschaftskongresses erhalten, das in einem eigenen Manifest die tätigen Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, die Bewegung nach Kräften zu unterstützen. Versage diesmal die Freiwilligkeit, führt das Manifest aus, so werde die Bewegung zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in England unwiderstehliche Kraft erlangen, und das müsse wegen der großen, mit diesem System verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Schäden vermieden werden. Die Sorge für die Erhaltung der Demokratie, die auch in der Zukunft die beste Bürgschaft gegen den Krieg bilden werde, die Abneigung gegen das militaristisch-autokratische System »muß hinreichen, den Enthusiasmus der Nation so zu beleben, daß jeder Versuch, die gleichen Bedingungen auch den Ländern aufzuzwingen, die davon noch frei sind, zunichte werde«.

Einen hiervon abweichenden Standpunkt nahm der Landes-

Ausschuß der Unabhängigen Arbeiterpartei ein. Ohne sich grundsätzlich gegen den Aufruf zur Einzeichnung zum Heeresdienst zu erklären, sprach er sich in einem Manifest entschieden dagegen aus, daß Mitgliedschaften der Partei gemeinsam mit andern Parteien in dieser Sache vorgingen. Es heißt darin:

»Wenn den Arbeitern in der gegenwärtigen Lage Ratschläge zu erteilen sind, dann wollen wir das, getreu dem Charakter und der Tradition unserer Bewegung, von unserem eigenen Standpunkt aus tun. Wir lehnen es ab, dies in Gemeinschaft mit den Militaristen und den Feinden der Arbeit zu tun, die sicherlich diese Gelegenheit benützen werden, um ihre Politik, die jetzt zum Kriege geführt hat, zu rechtfertigen.«

Weiterhin wendet sich das Manifest sehr scharf gegen jede Ausübung von sozialem Druck zugunsten der Anmeldung für das Heer. Es sei das eine feige, unwürdige Handlungsweise:

»So sehr wir die allgemeine Dienstpflicht bekämpfen, so ist diese doch weniger bekämpfenswert, als das allgemeine Belästigen und Quälen der jungen Leute, als das bei uns jetzt betriebene Pressen zum Heeresdienst.«

Nach einer in der Sozialdemokratie viel kommentierten deutschen Zeitungsnachricht sollte die Unabhängige Arbeiterpartei Ende September 250 Protestversammlungen gegen die Art der Heeresanwerbung einberufen haben, an deren Abhaltung aber durch ein Verbot der Regierung verhindert worden sein. Letzteres ist indes unrichtig. Solche Versammlungen haben stattgefunden und finden noch immer statt.

Im allgemeinen ist die Entwicklung jedoch die gewesen, daß der Krieg, der im englischen Volk ursprünglich entschieden unpopulär war, im weiteren Verlauf auch in der sozialistischen Arbeiterwelt Englands immer mehr als ein Lebensinteresse der Nation und der europäischen Demokratie betrachtet worden ist. Hervorragende Führer der Arbeiterpartei haben ganze Agitationsreisen für die Freiwilligenbewegung gemacht und darin den Krieg als einen notwendigen Kampf gegen den deutschen Militarismus bezeichnet, der der gefährlichste Feind des Friedens und der Eintracht der Nationen sei. Auch J. Ramsay Macdonald hat in Leicester in einer großen Versammlung seiner Wähler die dienstkräftigen Leute zum Eintritt in die Armee aufgefordert.

7. Die Sozialisten Rußlands und Serbiens und der Krieg.

Wenden wir uns nun den vom Krieg erfaßten Ländern des Ostens zu, so sehen wir auch in Serbien die Vertreter der Sozialdemokratie zunächst an der eigenen Regierung Kritik üben. In

der Sitzung der Skupschtina, die nach Eintreffen des österreichischen Ultimatums veranstaltet wurde, warf der sozialdemokratische Abgeordnete Laptschewitsch der Regierung vor, sie habe nicht alles getan, was nötig gewesen sei den Krieg zu vermeiden. Durch ihre Politik habe sie den Balkanbund sich zersetzen lassen und aus Serbien ein Trittbrett für Rußland und Frankreich gemacht, die doch nur ihre Interessen und nicht die Serbiens im Auge hätten. Und sie habe sich ferner dadurch vergangen, daß sie die Treibereien verschiedener Geheimkomites, wie die der Schwarzen Hand und der Narodna Odbrana geduldet habe, welche das Land dem Kriege entgegengeführt hätten. Was Laptschewitsch im übrigen gesagt hat, ward von der bulgarischen Telegraphen-Agentur, welche diesen Teil seiner Rede wiedergab und auf deren Berichte wir während der Kriegszeit angewiesen sind, nicht gemeldet. Sie berichtete nur noch, daß, nachdem der Ministerpräsident Paschitsch dem Redner entgegengehalten hatte, daß die Geheimtuerei im Lager der Sozialisten zuhause sei, die heftige Erwiderung Laptschewitschs eine Lärmszene in der Kammer verursachte, worauf die Adresse, welche der Regierung rückhaltlose Unterstützung beim bevorstehenden Krieg zusagte, mit allen Stimmen gegen die der beiden Sozialisten Laptschewitsch und Kazlerowitsch angenommen wurde. Es versteht sich von selbst, daß die beiden Sozialisten mit dieser Abstimmung nicht der Verteidigung ihres Landes den Beistand versagt haben. Sie haben nur in schärfster Weise ein denkwürdiges Zeugnis dafür abgelegt, daß sie jede Politik und Agitation verdammen, die geeignet sei, Kriege heraufzubeschwören.

Auch in Rußland haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesvertretung den Mut gehabt, die Debatte und Abstimmung über den Krieg zu einer Kundgebung des Friedenswillens der Sozialdemokratie zu gestalten. In der Dumasitzung vom 8. August, in der über die Kriegskredite und eine Vertrauensresolution an die Adresse der Regierung verhandelt wurde, verlas namens der sozialdemokratischen Fraktion deren Mitglied Valentin Chaustoff folgende Erklärung:

»Ein schreckliches und noch nie dagewesenes Unglück hat sich auf alle Völker herabgesenkt. Millionen von Arbeitern sind aus der Arbeit gerissen, werden in das Blutbad geworfen und müssen zugrunde gehen; Millionen von Familien sind zum Hunger verurteilt. . . . . Der Krieg ist ausgebrochen. Als die europäischen Regierungen sich zum Kriege vorbereitet hatten, pro-

testierte das europäische Proletariat mit dem deutschen an der Spitze gegen den Krieg, den die herrschenden Schichten führen wollten. Die russischen Arbeiter wurden durch verschiedene, allen bekannte Verhältnisse verhindert, offen gegen den Krieg zu protestieren; doch schlagen die Herzen der russischen Arbeiter zusammen mit den Herzen des europäischen Proletariats.«

»Der Krieg ist die Folge der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen; die Verantwortung müssen die Regierungen aller Länder, die jetzt den Krieg führen, tragen. Das Proletariat — der ständige Verteidiger der Freiheit und der Volksinteressen — wird immer die Kultur gegen jeden Angriff verteidigen. Das klassenbewußte Proletariat der Länder, die jetzt den Krieg führen, konnte leider den Krieg nicht verhindern. Wir sind aber tief überzeugt, in der internationalen Solidarität aller Arbeiter werden wir die Mittel finden, um dem Krieg und dem Greuel ein baldiges Ende zu setzen. . . . Möge der Friedensvertrag nicht von den Diplomaten, sondern von den Völkern abgeschlossen werden!«

»Außerdem sind wir tief überzeugt, daß der Krieg den breiten Volksmassen aller Länder endlich die Augen öffnen wird über die wirkliche Quelle der Herrschaft und Ausbeutung und daß der jetzige Ausbruch der Barbarei der letzte sein wird.«

Nachdem dies verlesen war, verließen die Sozialdemokraten und mit ihnen die kleinbürgerlich demokratische Fraktion der Trudowiki den Sitzungssaal. Sie konnten im Angesicht des Vorgehens von Oesterreich gegen Serbien, und da der Krieg von Deutschland an Rußland erklärt war, die Kriegskredite nicht ablehnen. Aber sie haben der zarischen Regierung nicht das Zeugnis ausstellen wollen, daß sie am Krieg unschuldig sei und ihre Balkanpolitik das Vertrauen der Arbeiterklasse verdiene. Eine überaus mutige Haltung, die angesichts der unsicheren Rechtszustände Rußlands gewiß auf die größte Anerkennung Anspruch hat. Mit großer Folgerichtigkeit haben dann im Oktober die sozialdemokratischen Mitglieder der Duma beschlossen, den zur Fortsetzung des Krieges geforderten Krediten in Höhe von weiteren zwei Milliarden Rubel ihre Zustimmung zu versagen.

Ein seltsames Bild bietet uns das Verhalten der sozialistischen Parlamentsmitglieder in den sechs direkt am Krieg beteiligten Ländern Europas dar. In Deutschland, in England, in Frankreich und Belgien — kurz, in den Ländern des vorgeschrittenen Westens bewilligen die sozialdemokratischen Fraktionen entweder einstimmig oder mit nur vereinzelten Ausnahmen die Kriegskredite, im rückständigen Osten aber lehnen es die sozialistischen Mitglieder der Gesetzgebung ab, für den Krieg Mittel zu bewilligen. Sind die letzteren in der Tat mutiger, sind sie stärker im Idealismus und in der Gesinnungstreue, als ihre Kollegen in den westlichen Ländern? Ohne den Wert ihrer Kund-

gebungen irgendwie zu verkleinern, wird man die Erklärung des Unterschiedes auf anderem Gebiet zu suchen haben, als auf dem persönlicher Eigenschaften. Er hat seine Ursache im Unterschied der Größe und des Einflusses der sozialistischen Parteien hüben und drüben. Auf große Parteien oder auf Parteien mit großem parlamentarischen Einfluß drückt bei Abstimmungen das Gewicht der mit diesem Einfluß verbundenen sachlichen Verantwortung. Sie können ihre Stimmabgabe nicht so frei vom Zweck der Demonstration bestimmen lassen, als dies kleinen Parteien möglich ist, deren Abstimmung keine unmittelbare Rückwirkung auf den Verlauf der Dinge hat. Es ist dies die Kehrseite des parlamentarischen Machtzuwachses der Parteien. Man muß sie mit in den Kauf nehmen, wenn man auf das Wachsen nicht überhaupt verzichten will. In der Regel beeinträchtigt auf allen Gebieten die Größe die Elastizität. So offenbar auch in diesem Fall. Es wäre aber schlimm bestellt, wenn es für die Regel zu keiner Zeit Ausnahmen gäbe.

8. Die Arbeiterparteien in den neutralen Ländern.

Nicht alle russischen Sozialisten haben es indes mit ihrer Stellung zum Krieg so gehalten wie die sozialistischen Abgeordneten der Duma. Wir wissen, daß z. B. die Revolutionäre Burtzew und Peter Krapotkin den Krieg für im höchsten Grade unterstützenswert bezeichnet haben. Ehe wir uns mit ihnen und ihren Argumenten beschäftigen, wird es jedoch angezeigt sein, die Haltung der Sozialisten und Arbeiterparteien in den neutralen Ländern europäischer Kultur zu den streitenden Mächten zu betrachten.

Auf die offizielle Stellungnahme der sozialistischen Parteien in den hier in Frage kommenden Ländern zur Kriegsfrage trifft das Wort zu, das die Regierungen häufig für Beziehungen zueinander gebrauchen, wenn diese weder gut noch schlecht sind, nämlich das Wort »korrekt«. Soweit die offizielle Haltung ihrer Parteien in Frage kam, haben die Sozialisten Hollands und Italiens, der skandinavischen Länder und der Schweiz, Bulgariens und Rumäniens, der Vereinigten Staaten und der Republiken Südamerikas nicht unterlassen, durch das Mittel ihrer Parteileitungen oder auf besonders dazu einberufenen Konferen-

zen ihre Stimme für die Neutralität ihrer Länder einzusetzen, streng neutrales Verhalten ihrer Regierungen zu den kriegführenden Mächten zu fordern. Es wird sich erübrigen, diese Entschlüsse sämtlich im Wortlaut wiederzugeben. Man würde da immer wieder auf die Betonung der Friedenspolitik der Arbeiterklasse, auf die Kundgebung des Wunsches, das eigene Land vor den Greueln des Krieges zu bewahren, und auf die Versicherung unverbrüchlicher Freundschaft und Solidarität mit den Arbeitern in beiden kriegführenden Lagern stoßen. Alles das entspricht so sehr der traditionellen Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege und ihrer Völkerpolitik, daß es sich im Grunde von selbst verstand.

Korrektes Verhalten ist aber Sache der Vernunft und nicht des Gefühls. Das Eintreten der Sozialisten der neutralen Länder für die Neutralität von Staats wegen besagt daher noch nichts über ihr Urteil mit Bezug auf den entbrannten Krieg, das schon deshalb nicht gleichgültig ist, weil es überall eines Tages für ein etwaiges Abgehen des Staates von der Neutralität ins Gewicht fallen kann. Parteien werden das Heraustreten ihres Landes aus der Neutralität stets in dem Verhältnis milder oder strenger beurteilen, als es ihrem Urteil über Recht und Unrecht der streitenden Länder und Ländergruppen oder ihrer gefühlsmäßigen Stellung zu ihnen entspricht oder widerspricht. Wie sehr die deutsche Reichsregierung selbst dies in Betracht zieht, zeigen ihre im Fortgang des Krieges gesteigerten Bemühungen, die öffentliche Meinung des Auslandes von der Güte ihrer Sache und dem Unrecht der Gegenseite zu überzeugen, Bemühungen, an denen es die anderen Staaten gleichfalls nicht fehlen lassen. Wer hat nun in diesem Wettkampfe bei den Arbeiterparteien den größten Erfolg erzielt, für welche Seite entschieden sich die Urteile und schlagen die Herzen der Arbeiterdemokratien?

Eine Untersuchung, die nur von dem Wunsch erfüllt ist, die Wahrheit kennen zu lernen, gleichviel ob diese angenehm oder unangenehm sei, wird zu dem Ergebnis führen, daß zum überwiegenden Teil die Sympathien der Arbeiterwelt auf der Seite der zwei mitteleuropäischen Großmächte Deutschland und Österreich-Ungarn n i c h t sind. Stünde nicht Rußland im Gegenlager, so würde selbst diese negative Wendung die Tatsachen noch zu günstig erscheinen lassen. Aber selbst daß es diesmal gegen Rußland kämpft, hat noch nicht genügt, dem deutschen

Reich — von Oesterreich ganz zu schweigen — die Sympathien der Arbeiterparteien außerhalb seines Gebiets zu sichern. Die Arbeiterparteien der neutralen Länder sehen, soweit die Staaten in Betracht kommen, dem Kampf zwischen Deutschland und Rußland mit den Empfindungen Mercutios zu, für die man mir erlauben möge die Sprache des Originals zu gebrauchen: »The plague on both your houses!«

Das hat mit »Neid auf Deutschlands Macht und Reichtum« nicht das mindeste zu tun. Dieses Motiv spielt bei nationalen Fragen in der Arbeiterwelt gar keine Rolle. Es ist auch nicht auf Nationalitäts- und Rassengegensätze zurückzuführen. Denn in Ländern germanischen Sprachtums ist das Urteil der Sozialdemokratie in diesem Punkt nicht viel anders als in den romanischen Ländern. Noch darf man sich dem süßen Wahn hingeben, es finde in dem teuflischen Lügenfeldzug der Gegenseite seine Erklärung. Als ich einem Führer der Arbeiterpartei eines neutralen Landes der germanischen Völkerfamilie schrieb, er möge doch über Recht und Unrecht in diesem Kriege nicht auf Grund einseitiger Berichte urteilen, erhielt ich zur Antwort: »Wir Neutralen sind nicht einseitig unterrichtet, ihr in den kriegführenden Ländern seid es.« Drastischer noch drückte es ein anderer hervorragender Vertreter der Arbeiterbewegung eines neutralen Landes aus, ein Mann, der gleichfalls einem germanischen Volksstamm angehört. Als von Lügendepeschen eines der kriegführenden Länder die Rede war, bemerkte er kühl: »Wir lesen die Lügen von hüben und drüben, und so kommen wir hinter die Wahrheit.«

Von vornherein war das Urteil der Arbeiterparteien der unbeteiligten Länder über den Krieg durch ihre Beurteilung des Verhaltens der Mächte während der dem Krieg vorangegangenen Verhandlungen angezeigt. Wenn, wie wir gesehen haben, die Brüsseler internationale Konferenz vom 29. Juli einmütig darin war, die hartnäckige Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge durch Oesterreich scharf zu verurteilen und Oesterreichs Verbündeten, Deutschland, für diese den Krieg heraufbeschwörende Haltung des ersteren verantwortlich zu machen, wie konnte da ihr Urteil eine wesentliche Veränderung erfahren, als der Krieg nun wirklich ausbrach? Was Jean Jaurès in dieser Hinsicht in der Humanité vom 29. Juli ausgesprochen hat (vgl. S. 12) faßte ja nur in maßvollen Ausdrücken das einstimmige Urteil der

Sozialisten Europas zusammen. Dazu kam, daß, wie Oesterreich Serbien gegenüber der Angreifende gewesen war, nun Deutschland dadurch die Katastrophe unabwendbar gemacht hatte, daß es in ersichtlicher Hast Rußland und Frankreich den Krieg erklärte. Deutschlands Einmarsch in Belgien, sowie die Art, wie Belgien alsdann niedergeworfen wurde, machten in den Augen der sozialistischen Parteien das Maß voll. Es liegt einmal in der Natur der Arbeiterdemokratie, sich der Sache der Schwachen gegen die Stärkeren anzunehmen, sofern nicht das Unrecht greifbar auf der Seite der ersteren liegt. Aus den Grundanschauungen der sozialistischen Welt heraus wird man es auch verstehen, warum die von Deutschland angegebenen Gründe für die Hast seiner Kriegserklärungen an Frankreich und Rußland auf die Sozialisten außerhalbs Deutschlands keinen überzeugenden Eindruck machen konnten. Die tieferen Gründe, welche die Regierenden Deutschlands veranlaßten, gegen Rußland den Krieg aufzunehmen, wären von der Internationale der Arbeiter begriffen und gewürdigt worden, wenn Deutschland sich auch zu einer sie unzweideutig zum Ausdruck bringenden Kriegsführung entschlossen hätte, das heißt, wenn es nach Westen hin sich in starker Defensive verschanzt hätte, um sofort mit seiner ganzen Angriffskraft gegen das Zarenreich vorzugehen, und dabei die Befreiung der von diesem unterdrückten Nationalitäten auf die Fahne geschrieben hätte. Eine solche Stellungnahme hätte so sehr den geschichtlichen Neigungen der Arbeiterdemokratien entsprochen, daß sie Deutschland deren volle Sympathien eingetragen hätte, und bei dem unbestrittenen Friedenswunsch der großen Mehrheit des französischen Volks ist es mehr wie fraglich, ob in diesem Falle Frankreich seine volle Angriffskraft gegen Deutschland hätte in Anwendung bringen können. Ebenso ist es nach allen Zeugnissen über die Stimmung, die im englischen Volk vor Ausbruch des Krieges herrschte, sicher, daß ein Vorschlag der Regierung, in einen so geführten Krieg als Verbündeter Rußlands einzugreifen, durch Massenaustritt aus der liberalen Partei den Sturz des Ministeriums Asquith-Grey zur Folge gehabt hätte.

Wenn militärisch-strategische und andre Erwägungen die deutsche Kriegsführung veranlaßten, im Gegenteil den ersten Schlag nach Westen zu führen, so ist sie sicherlich selbst nicht im Unklaren darüber gewesen, daß schon dies den Verzicht auf die Sympathie der Demokratien Europas bedeutete. Diese

haben sich nun einmal trotz aller der französischen Republik noch anhaftenden Mängel jener zugewandt, und sie sind gerade in der letzten Zeit um so stärker geworden, als Frankreich von neuem in eine Aera friedlicher Reformpolitik eingetreten war. Ich weiß nicht, was für Berichte die deutschen Botschafter in den neutralen Staaten über die Stimmung in den dortigen oberen Kreisen nach Berlin geschickt haben. Aber wenn die Herren sich ein wenig um die Arbeiterpresse gekümmert hätten, die in den meisten dieser Länder ja etwas zu bedeuten hat, so würden sie auch dahinter gekommen sein, wie warm nicht nur in Italien, der französischen Schweiz und dem wallonischen Belgien, sondern auch in der deutschen Schweiz, im vlamischen Belgien, in Holland, in den skandinavischen Ländern die Herzen der Arbeiter für Marianne schlugen. Ebenso entspricht es nur der Psyche der Arbeiterdemokratie, daß die Gründe, welche Deutschland für die Niederzwingung Belgiens ins Feld geführt hat, bei ihr nicht durchschlagen k o n n t e n. Wer aber sie nicht gelten ließ, der war natürlich auch nicht dazu gestimmt, den deutscherseits gegen die belgischen Freischärler und Freischützen ergriffenen Repressalien unterschiedslos die Rechtswohltat der Notwehr zuzuerkennen. Da verhinderte die offizielle Neutralitätserklärung Italiens und der italienischen Sozialdemokratie das Organ dieser, den in Rom erscheinenden Avanti, nicht, Kaiser Wilhelm II. als Attila, und die deutschen Soldaten als moderne Hunnen abzubilden. Da kamen in die sozialistischen Blätter der französischen und deutschen Schweiz, Hollands, der skandinavischen Länder, Artikel, die zwar nicht gegen das deutsche Volk, wohl aber gegen das offizielle Deutschland tiefste Entrüstung atmeten. Angesehene Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie, Richard Fischer, Ph. Scheidemann, A. Südekum und andre, haben sich bemüht, bei den Sozialisten der neutralen Länder eine Deutschland günstigere Stimmung zu erwirken. Sie haben es aber nicht erreichen können, jene von der Anschauung abzubringen, daß der Krieg, der ja auch den neutralen Ländern schwere Schädigungen verursacht, bei gutem Willen Deutschlands hätte vermieden werden können. Noch vermochten sie es ihnen auszureden, daß für den Einmarsch in Belgien und die mit so vieler Vernichtung von Menschenleben und Zerstörung von Eigentum verbundene Niederzwingung Belgiens keine gebieterische Notwendigkeit vorlag.

Von allen nicht direkt am Krieg beteiligten Ländern ist vielleicht keines durch seine geographische Lage mehr zur Solidarität mit dem Deutschen Reich berufen, als Schweden, und die Sympathien für das deutsche Volk sind in Schweden auch sehr stark. Aber welches war das Urteil der Sozialdemokratie Schwedens über den ausbrechenden Krieg? Der auf den 5. August nach Stockholm einberufene Landeskongreß der schwedischen Sozialdemokratie beschloß am zweiten Tage seines Zusammentritts ein Manifest, in dem er sehr energisch die Forderung absoluter Neutralität Schwedens aufstellte, über den Krieg selbst aber sich wie folgt äußerte:

»Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens vereinigt in todesschwangerer Stunde, da Europa in Brand steht, ihren flammenden Protest mit jenem der Waffenbrüder der ganzen Welt. Die Katastrophe ist über uns hereingebrochen, sie wurde vorbereitet durch die ökonomischen Profitinteressen mächtiger Kreise. Sie wurde beschleunigt durch die immer unerträglichere militaristische Bedrückung der Völker, und sie wurde hervorgerufen sowohl von ungezähmten nationalistischen Stimmungen als auch von wirklichen nationalen Rechtsverletzungen älteren und neueren Datums, und ihren Umfang erreichte sie durch eine rücksichtslose und brutale Großmachtspolitik in den Händen einiger Machthaber. Schwer, vernichtend schwer wird die Verantwortung jene großmächtigen Kreise treffen, die nicht vor dem ungeheuren Verbrechen zurückgeschreckt sind, kaltblütig die Kriegsfurie auf die Völker, die im Frieden leben wollten, loszulassen. In diesen blutigen Tagen ist das Urteil über das Wettrüstungssystem definitiv besiegelt, über jene Rüstungen, von denen es stets geheißen hat, daß sie den Frieden sichern sollen, diese Rüstungen, gegen welche einzig und allein die Sozialdemokratie aller Länder immer und restlos protestiert hat. Hat nicht Europa gerüstet und immer wieder gerüstet, bis die jährliche Last von zehn Milliarden die Völker erdrückte? Aber wo ist jetzt Europas Sicherheit? Das Wettrüsten hat nur bewirkt, daß die Opfer zahlloser sind und die Grundfesten unserer ganzen Zivilisation mehr erschüttert werden als je zuvor. Aber dieser Katastrophe wird ein Tag der Rechenschaft folgen. Die Friedensmacht der internationalen Sozialdemokratie, die leider noch nicht stark genug war, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, wird, nachdem das Kriegsunwetter vorüber ist, unwiderstehlich wachsen. Die Wirklichkeit des Weltkrieges wird neue Massen für die klare Einsicht gewinnen, daß die Sicherheit der Völker niemals auf militaristischem Wege erreicht wird. Und so wird, das ist der Trost in diesen schweren, düsteren Stunden, was heute der Triumph des Militarismus ist, sein größter Triumph ist, zugleich sein Schwanengesang sein.«

Man sieht, wie wenig der Entschluß, dem Ringen der Weltreiche gegenüber neutral zu bleiben, mit irgendwelcher Anerkennung eines größeren Rechts eines dieser Reiche in dem entbrannten Kriege zusammenfällt.

Nicht überall aber haben die Angehörigen der Arbeiterbewegung es bei der bloßen Sympathie für die Westmächte bewenden lassen. So gab es in Italien eine starke Unterströmung,

welche, statt der Neutralität, eine direkte Unterstützung Frankreichs verlangte. Sie erklärt sich zum Teil aus der geschichtlichen Tradition Italiens, der alten Gegnerschaft gegen Oesterreich, die noch im Volke fortlebt, und der gleichfalls traditionellen, über alle zeitweiligen Konflikte hinweg sich immer wieder einstellenden Freundschaft gegenüber der Nation, die zuerst das Schwert für Italien gezogen hatte. Den Entscheid aber gaben auch hier die Vorgänge in Belgien. Gewiß waren manche Berichte der italienischen Presse darüber ins Ungeheure übertrieben. Aber solche Dinge werden in einem Lande, wo man gewohnt ist, tüchtig aufzuschlagen, auch nur dann ohne Skepsis aufgenommen, wenn die Geister ihnen aus irgendwelchen Gründen schon die entsprechende Stimmung entgegenbringen. Und die hatte eben hier die Tatsache und Art der Besetzung Belgiens geschaffen. Wir erwähnten oben Artikel und Notizen des »Avanti« gegen Deutschland. Das Organ des italienischen Gewerkschaftsbundes, die Confederazione del Lavoro, brachte in seiner Septembernummer folgenden Artikel:

»Teutonische Kultur und Zivilisation. Die Nachrichten, die aus Belgien, dem interessantesten Kriegsschauplatz, eintreffen, überraschen, rühren und entrüsten. Die Ritter der teutonischen Kultur und Zivilisation begehen Scheußlichkeiten, die unter die niedrigsten und abstoßendsten Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten, des Glaublichen und des Unglaublichen herabgehen.

»Neutralität, Völkerrecht und Verträge werden in zynischer und frecher Weise verletzt und aufgehoben; Scharen von Greisen, Weibern und Kindern mit den Bajonetten vor den deutschen Truppen hergetrieben, um auf die Feinde einen erpresserischen Druck auszuüben und sie ungestraft schlagen zu können. Städte dem Boden gleichgemacht und Kunstwerke zerstört, räuberische Brandschatzungen der Städte und der als Geiseln behaltenen Bürger — das sind die großen Kultur- und Zivilisationstaten, die von den teutonischen Vandalen, Barbaren und Briganten in Belgien verrichtet werden.

Es wäre nützlich zu wissen, was die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter denken, sagen und tun diesen Dingen gegenüber; denn es widerstrebt uns, an ihre Einwilligung, Mitschuld und Mitverantwortlichkeit zu glauben.

Aus diesen scheußlichen Taten der Barbarei, des Vandalismus und des Brigantentums enthüllt sich das, was man ironischerweise deutsche Kultur und Zivilisation nennen kann.

Hinweg mit solcher Kultur!«

Antworten deutscher Sozialisten und Gewerkschafter auf diesen Anruf sind nicht ausgeblieben. In Briefen und Artikeln haben solche ihre im Felde stehenden Landesgenossen dagegen verwahrt, daß sie Barbareien der geschilderten Art verübt hätten. Es ist aber leider festzustellen, daß ihre Verwahrungen

keinen starken Eindruck gemacht haben. Persönliche Auseinandersetzungen anerkannter Vertreter der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie mit Führern der italienischen Sozialdemokratie haben dazu beigetragen, daß diese sich im Monat Oktober nach einer vorgenommenen Urabstimmung mit größerer Schärfe als vorher für strikte Neutralität Italiens erklärt hat. Das bezieht sich jedoch auf die offizielle Haltung des Staates, wohin die Sympathien gehen, ist daraus nicht zu folgern [1]).

Soviel Mängel dem heutigen Deutschland auch unter dem demokratischen Gesichtspunkt noch anhaften, so sollte man doch meinen, daß dem Zarenreich gegenüber es in den Augen der Demokratie immerhin weiß wie Schnee erscheinen müßte. Das

[1]) Der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbands, August Winnig, erhielt auf einen Brief an den Vorsitzenden des italienischen Bauarbeiterverbands, F. Quaglino, worin er gegen den im obigen abgedruckten Artikel der Confederazione del lavoro Verwahrung eingelegt hatte, eine längere Antwort, worin es u. a. heißt:

»Die Genossen von der »Confederazione» konnten nicht die leiseste Ahnung haben, daß sie durch ihren Protest gegen die Grausamkeiten des deutschen Militarismus in Belgien und dadurch, daß sie den Wunsch ausdrückten, die Meinung der deutschen Genossen über diese Vorgänge kennen zu lernen, Euch Verdruß machen würden. Ganz anders war unsere Haltung, als unsere Regierung den Feldzug in Lybien unternahm. Obwohl es sich um Völker von niedriger Kultur handelte, haben wir keinen Anstand genommen, gegen diese Uebertretung des Völkerrechts aufs heftigste zu protestieren, weil wir des Glaubens sind, daß dies die elementarste Pflicht für alle ist, die sich zu den humanitären Ideen bekennen.

Damals wurden die Italiener durch die ausländische Presse als Banditen und Barbaren bezeichnet. Aber wir haben uns nicht darüber empört, weil wir sehr wohl wissen, daß man dem Volke die Verantwortung für die Handlungen seiner Regierung nicht zuschreiben darf. Wenn es nicht so wäre, dann sähe ich nicht ein, warum wir in der Friedenszeit die Bourgeoisie, den Krieg und die Militärausgaben bekämpfen sollten.

Ich will nicht über die Ursachen und den Charakter des gegenwärtigen Krieges diskutieren. Ich sage Dir nur, daß es in Italien keinen Menschen irgendeiner Partei gibt, der an den Abwehrcharakter des Krieges der zwei mitteleuropäischen Reiche glaubt. Und es genügt als Beweis für diese Tatsache, daß, wenn Deutschland und Oesterreich der angegriffene Teil gewesen wären, Italien sich kraft des Bündnisvertrages nicht hätte weigern können, an der Seite der beiden Verbündeten zu kämpfen.

Aber angenommen auch, daß Ihr im guten Glauben meint, daß Euer Krieg ein Abwehrkrieg sei, so verstehe ich doch immer nicht, wie Ihr die Verletzung der Neutralität Belgiens verteidigen könnt; das heißt eine unnötige Tat für den, der sich die bloße Verteidigung vorgenommen hätte.

Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, nach dem Kriege die guten Beziehungen wieder aufzunehmen. Es scheint mir aber gut, daß Ihr schon jetzt wisset, daß es in Italien keinen einzigen in allen Fraktionen der Volksparteien gibt, welcher die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Proletariats in dieser Sache billigt.«

ist aber durchaus nicht in dem Maße der Fall, als man bei uns zu glauben geneigt ist. Sehr vorurteilsfreie, jeder Deutschfeindschaft unverdächtige Sozialisten und Demokraten sehen nicht in Rußland, sondern im heutigen Deutschland den gefährlichsten Gegner der Ruhe und friedlichen Entwicklung Europas. Sie verkennen nicht und bestreiten nicht, daß Rußland sehr viel rückständiger ist als Deutschland, daß sein Regierungssystem gewalttätiger, seine Verwaltung unvergleichlich schlechter, seine Kulturleistung geringer ist. Aber alles das stoße die Tatsache nicht um, erklären sie, daß Rußland nach außen hin weniger angriffslustig sei, als Deutschland, daß der russische Geist weniger militaristisch sei als der deutsche, daß Deutschland und nicht Rußland im Rüsten der Antreiber sei. Daß diese Anschauung durch den gegenwärtigen Krieg in der ganzen außerdeutschen Welt neue Nahrung erhalten hat, kann niemand entgehen, der sich einigermaßen in der Presse des Auslands umsieht. Kundgebungen deutscher Gelehrter, worin diese selbstgerecht sich den verbündeten Mächten England, Frankreich und Rußland gegenüber als die Hüter der Kultur bezeichnen, haben mehr dazu beigetragen, jener Auffassung Vorschub zu leisten, als ihr Abbruch zu tun. In den Augen des Auslands waren sie unfreiwillige Beweise dafür, wie sehr die Schreiber selbst unter dem geistigen Bann des angreifenden Militarismus stehen. Abhandlungen, denen ein bestimmtes Mindestmaß von Objektivität fehlt, sind wenig geeignet, dem Ausland eine hohe Meinung von der deutschen Kultur und dem freien Blick deutscher Gelehrter beizubringen.

In weiten Kreisen der internationalen Arbeiterdemokratie der Kulturwelt, darüber ist keine Täuschung möglich, erscheint Rußland heute als das kleinere Uebel gegenüber Deutschland, wird der deutsche Militarismus als der in erster Linie zu bekämpfende Feind betrachtet. Welcher Fehler in dieser Betrachtung steckt, liegt auf der Hand. Mag der deutsche Militarismus vom Standpunkt der friedliebenden Demokratie in der Tat der schlimmere, weil tiefer eingewurzelte und systematischer ausgebildete Militarismus sein, so ist doch so viel sicher, daß er nicht eher sein Ende finden wird als der russische Militarismus, aus dessen sehr realer Existenz er nicht zum wenigsten seine Existenzberechtigung zieht. Aber es handelt sich hier nicht um die Richtigkeit, sondern um die Verbreitung des Gedankens. Und die ist nicht gering. Unausgesprochen beherrscht er viele Artikel der soziali-

stischen und demokratischen Presse der neutralen Länder. Bestimmten Ausdruck haben ihm Sozialisten der Länder gegeben, die mit Deutschland im Kampf liegen. So in Frankreich der ehrwürdige Ed. Vaillant, bis zum Ausbruch des Krieges einer der wärmsten Befürworter der deutsch-französischen Annäherung. Enttäuschung über Deutschlands Verhalten hat ihn, der in jungen Jahren in Deutschland gelebt und Freundschaften geschlossen hat, und der noch am 2. August in der sozialdemokratischen Kammerfraktion Frankreichs mit Wärme für Ablehnung der Kriegskredite eintrat, zum Anhänger des Kampfes bis aufs äußerste gegen Deutschland gemacht. Der Krieg müsse fortgesetzt werden, bis der deutsche Militarismus vernichtet sei, schrieb er in der Humanité. In England vertritt, wie bereits früher bemerkt, H. M. Hyndman diese Idee und hat damit Schule gemacht. Robert Blatchford, der Verfasser von Merry England, H. G. Wells, der bekannte Verfasser sozialistischer Romane, und andere predigen sie dem englischen und dem amerikanischen Publikum. Und zu ihren Verkündern gehören auch eine Anzahl russischer Sozialisten und Revolutionäre, voran, wie eingangs dieses Abschnitts bemerkt, Wladimir Burtzew und Peter Krapotkin, denen sich zuletzt auch der hervorragendste Theoretiker des Marxismus in Rußland, Sergius Plechanow, zugesellt hat. Der erstere, der in Paris als Herausgeber einer sozialrevolutionären Zeitschrift sich die Entlarvung russischer Geheimpolizisten zur besonderen Aufgabe machte, ist, wie er sich einem Zeitungsberichterstatter gegenüber ausdrückte, mit dem Vorhaben nach Rußland zurückgekehrt, der russischen Regierung die Hand zu reichen und »dafür zu wirken, daß der Krieg eine Sache der ganzen Nation, ein Nationalkrieg werde«. Das soll ihm, wenn man einer Zeitungsmeldung Glauben schenken darf, zunächst Einsteckung in eines von des Zaren Gefängnissen eingetragen haben. Indes wird es ihm kaum sehr schlimm ergehen, der Mann ist als politischer Charakter wenig ernst zu nehmen. Größeren Anspruch darauf gehört zu werden hat sein Landsmann Peter Krapotkin, der jedenfalls als Gelehrter eine bedeutende Persönlichkeit ist und dem Anarchismus, zu dem er sich bekennt, beachtenswerte wissenschaftliche Grundlagen geliefert hat. Als Anarchist naturgemäß stets ein heftiger Gegner des Militarismus, sieht auch Krapotkin in dessen deutscher Spielart das Hauptunheil für die

Kulturwelt. In einem offenen Brief an den schwedischen Sozialisten Gustav Steffen erklärt er es für »die wichtigste Pflicht des europäischen Proletariats, den deutschen Imperialismus zu vernichten und dessen Vordringen nach Westeuropa Einhalt zu tun«. Der Sieg der deutschen Waffen würde »für ganz Europa ein Jahrhundert härtester Reaktion« bedeuten. Von Rußland dagegen habe das freiheitliche Europa nichts zu befürchten. Rußland habe eine starke freiheitliche Bewegung, auf deren Programm neben andern Freiheitsforderungen Autonomie der Nationalitäten stehe, und diese Forderungen würden sicher verwirklicht werden. Andernfalls müsse Rußland ebenso bekämpft werden, wie jetzt das ganze freiheitsliebende Europa Deutschland zu bekämpfen bereit sei. Dieser Kampf sei gegenwärtig die Hauptsache. Daß der Krieg kommen werde, habe er, Krapotkin, vorausgesehen und daher im vorigen Jahre seinen französischen Gesinnungsgenossen geraten, den Widerstand gegen die dreijährige Dienstzeit aufzugeben.

Bei Steffen ist Krapotkin an den Unrechten geraten, und ebenso hatte der holländische revolutionäre Syndikalist J. Cornélissen wenig Erfolg, als er mit ähnlichen Argumenten in Holland für den Eintritt in den Kampf gegen Deutschland Propaganda zu machen suchte. Aber ganz unbedeutend ist diese Agitation nicht. In weniger ausgeprägter Form hat sie sich vieler Köpfe bemächtigt. Die Menschen haben für das Näherliegende naturgemäß immer das stärkere Empfinden. Und der deutsche Militarismus liegt den Völkern der europäischen Kulturwelt näher, als der im Hintergrund dieser sich betätigende russische Militarismus. Der letztere drückt sie nicht erkennbar, und darum erregt er sie nicht. Den andern sehen sie deutlich am Werk. Er bedrückt die Demokratien sehr fühlbar, so daß sie, auch wenn sie sich sagen, daß etwas Großes in ihm stecke, doch nur die Folgerung ziehen: um so mehr ist er zu bekämpfen.

9. Der Ausblick.

Wenn es unvermeidlich war, daß der europäische Krieg dadurch, daß er die direkten Verbindungen der sozialistischen Internationale für eine Weile zerriß, in diese eine gewisse Verwirrung, Mißverständnis zwischen ihren einzelnen Abteilungen und damit auch Mißstimmungen hineintrug, so haben sich in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, die Ver-

hältnisse schon sehr wesentlich geklärt und damit auch erheblich verbessert.

So wenig in den Reihen der Sozialisten der einzelnen Länder in allen Punkten Einstimmigkeit darüber herrscht, welches die Haltung der Partei in diesem Kriege zu sein habe, so wenig kann man erwarten, daß über die Grenzen der einzelnen Länder hinaus Einstimmmigkeit darüber herrsche, ob die Sozialisten jedes Landes mit Bezug auf ihn jederzeit das Richtige getan haben. Gleichmäßiges Handeln war überhaupt nur in dem Sinn möglich und zu verlangen, als es von gleichen Grundanschauungen geleitetes und geregeltes Handeln hieß. Bei Verschiedenartigkeit der Verhältnisse selbst oder auch bei verschiedenartiger Beurteilung der Verhältnisse konnte völlige Gleichmäßigkeit im Handeln nicht erwartet werden und ist auch weder erwartet noch verlangt worden.

Da Deutschland bei den Sozialisten außerhalb Deutschlands und Oesterreichs fast ohne Ausnahme als diejenige Macht gilt, welche mit Oesterreich im Bunde ohne zwingenden Anlaß zum Krieg geschritten sei, ist die Bewilligung seiner Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie in der Arbeiterinternationale zunächst sehr unwillig aufgenommen worden. Nachdem man aber sich darüber Aufklärung verschafft hatte, unter welchen Voraussetzungen diese Abstimmung in Deutschland erfolgt war, ist von Vorwürfen an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie wenig mehr die Rede.

Den Sozialisten keines in den Krieg hineingerissenen Landes wird zugemutet, sobald der Krieg Tatsache ist, die Kriegsmittel zu verweigern und sich der Beteiligung an der Verteidigung des eigenen Landes zu entziehen. Von keiner Seite wird den Sozialisten derjenigen Länder, welche den Feind im Lande haben, der Eintritt in Ministerien der Landesverteidigung zum Vorwurf gemacht.

Ein unterschiedenes Verhalten wird in dem Fall erwartet und verlangt werden, wenn von einer der kriegführenden Mächte oder Mächtegruppen der Krieg in einen Eroberungskrieg oder Unterdrückungskrieg verwandelt werden sollte. Es würde dann, da dies den schon erlangten entschiedenen Sieg jener Gruppe voraussetzt, von den Sozialisten der betreffenden Länder vorausgesetzt werden, daß sie ihre Stimme für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und für billige Friedensbedingungen erheben,

wie das übrigens für sich die Fraktion der deutschen Sozialdemokratie in der oben abgedruckten Erklärung (vgl. S. 20/21) schon bei Bewilligung der Kriegskredite in Aussicht gestellt hat.

Die Vollziehungsausschüsse der französischen und belgischen Sozialdemokratie haben im Monat September ein Manifest an die Deutschen veröffentlicht, worin sie die Tatsachen darlegten, die nach ihrer Auffassung das Recht ihrer Länder und das Unrecht Deutschlands dartun. Da es nach den ersten hierüber eingetroffenen Nachrichten schien, als ob die Belgier das Manifest in ihrer Eigenschaft als Vollziehungs-Ausschuß des Internationalen Sozialistischen Bureaus unterzeichnet hätten, erließ der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie eine Erklärung, worin er dies als eine Ueberschreitung der Vollmachten des Ausschusses bezeichnete und zurückwies. Gegen den Inhalt des Manifestes zu polemisieren, unterließ er mit Rücksicht auf die Kriegslage, die ein rückhaltloses Aussprechen unmöglich mache. Von einer Absage an die Internationale, wie bürgerliche Blätter sofort triumphierend meldeten, war aber in der Erklärung keine Rede. Ihre Absicht war vielmehr, die Bedingungen zu wahren, unter denen allein die Internationale der Arbeiter ein gemeinsames festes Bureau haben kann. Das hat man, nachdem der wirkliche Sachverhalt aufgeklärt war, auf der andern Seite auch eingesehen. Die belgischen Sozialisten, deren Land der Krieg die schwersten Wunden geschlagen hat, haben durch den Mund Emile Vanderveldes anerkannt, daß der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie ein Vorwurf über ihre Abstimmung vom 4. August nicht gemacht werden könne, sie habe im Angesicht der Bedrohung Deutschlands durch Rußland ersichtlich nach bestem Gewissen gehandelt, wie es das Interesse ihres Landes ihr zu erheischen schien. Es liegen noch eine ganze Anzahl Beispiele dafür vor, wie sehr auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist, die Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Internationale nicht leiden zu lassen.

Es ist aber nicht bei bloßen, auf Verständigung abzielenden Erklärungen geblieben. Die Sozialisten der neutralen Länder haben es sich schon beim beginnenden Herbst angelegen sein lassen, nach Möglichkeit die Verbindungsfäden wieder herzustellen, die der Krieg im Anfang August zerrissen hatte. Eine Konferenz schweizerischer und italienischer Sozialisten in Lugano, eine Besprechung skandinavischer Sozialisten über die Notwendig-

keiten der Situation für die internationale Arbeiterwelt haben den Anfang gemacht, und mit Zustimmung aller Beteiligten ist der Sitz des Internationalen Sozialistischen Bureaus für die Dauer des Krieges einstweilen nach Holland verlegt, holländischen Sozialdemokraten die Ergänzung seines vollziehenden Ausschusses übertragen worden. Die Internationale der Arbeiter hat auf diese Weise wieder eine neutrale Zentralstelle, die zunächst sich als Mittel bewähren wird, auftauchende Differenzen zu schlichten und Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen, der aber im weiteren Verlauf des Krieges leicht eine bedeutungsvollere Aufgabe zufallen kann. Schon ihre bloße Existenz ist unter diesem Gesichtspunkt eine begrüßenswerte Tatsache. Denn es kann der Zeitpunkt kommen, wo es den Regierungen sehr angenehm sein mag, daß in Europa ein internationales Institut besteht, welches außerhalb jeden Verdachts steht, den Sonderinteressen einer bestimmten Nation oder Mächte-Gruppe zu dienen, und das durch keine Etikette verhindert ist, ein erlösendes Wort auszusprechen, dessen Kundgabe jede einzelne Regierung bei heutiger Auffassung von nationaler Ehre und Souveränität in eine ungünstige Situation bringen würde. Die sozialistische Welt hat mit der Schöpfung dieses Bureaus den Mächtigen der Erde gezeigt, was sie hätten schaffen sollen. Daß sie so früh dazu gekommen ist es wiederherzustellen, wird allen denjenigen Anhängern und Freunden der Idee eines Friedensbundes der Nationen, die in den verhängnisvollen Tagen des August 1914 die Totenglocke der Internationale der Arbeiter läuten zu hören fürchteten, neue Zuversicht in die unverwüstliche Lebens-, Schaffens- und Wirkenskraft dieser wahren Hüterin des Menschheitsgedankens einflößen.

Nachtrag.

Nachdem der vorstehende Aufsatz schon abgeschlossen war, hat am 2. Dezember die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags die von der Reichsregierung in Höhe von wiederum fünf Milliarden Mark geforderten neuen Kriegskredite unter Abgabe der folgenden, vom Vorsitzenden der Fraktion, Hugo Haase, verlesenen Erklärung bewilligt:

»Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über Belgien stelle ich namens meiner Fraktion fest, daß die nachträglich bekanntgewordenen Tatsachen nach unserer Ueberzeugung nicht ausreichen, um von

dem Standpunkt abzugehen, den der Herr Reichskanzler am 4. August gegenüber Luxemburg und Belgien eingenommen hat. Im übrigen habe ich im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August. Den Krieg, dessen tiefere Ursache die ökonomischen Interessengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick bekämpft. Noch sind aber die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen.

Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten neuen Kredite.

In dankbarer Teilnahme gedenken wir aller tapferen Söhne des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben und aller, die unter unsäglichen Entbehrungen und Mühen im Dienste des Vaterlandes stehen.

Schon am 4. August haben wir in Uebereinstimmung mit der Internationale den Grundsatz verkündet, daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit habe, und es ist unsere unverbrüchliche Ueberzeugung daß eine gedeihliche Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, die Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

Wir bleiben deshalb bei dem, was wir am 4. August gesagt haben: »Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.«

Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Haß gegen die anderen Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen.

Solange der Krieg sich hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen Leiden und Nöte zu lindern für alle, die im Feldzuge ihre Gesundheit verloren haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, reichlich zu sorgen für die vom Feind aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbslos und arbeitslos gewordenen Volksgenossen zu schaffen, sowie jede Hilfeleistung zu gewähren, die erforderlich ist, um unsere Volkskraft zu erhalten, und die Versorgung des Volkes mit Nahrungs- und Gebrauchsgegenständen zu organisieren.

Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gefallen, doch muß nach unserer Ueberzeugung auf all diesen Gebieten noch mehr geschehen.

Wir erwarten aber von der Reichsregierung auch Vertrauen zu unserem Volke, das im Kampf für das bedrohte Vaterland einmütig zusammensteht. Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte namentlich der Presse noch jetzt aufrechterhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt und ist geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu erwecken. Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen. Wir fordern schleunigste Abhilfe gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reiches.«

An den Beziehungen der Parteien in der Internationale der Arbeiter wird diese Erklärung nichts ändern. Sie wird in bezug auf die Forderung des Friedens manchen zu akademisch gehalten sein, auch mag man Aeußerungen über die Art der Kriegführung vermissen. Aber soweit die Erklärung geht, verstößt sie gegen keinen Grundsatz der Internationale der Arbeiter und gibt sie daher zu keinem Protest ausländischer Sozialisten Anlaß.

Eine von den skandinavischen Sozialisten angeregte und von den Sozialisten anderer Länder gebilligte internationale Konferenz, die am 6. und 7. Dezember in Kopenhagen zusammentreten sollte, ist auf den Wunsch der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika auf Mitte Januar 1915 vertagt worden, damit auch Abgesandte dieser Partei an ihr teilnehmen können. Letzteres ist um so wünschenswerter, als die Sozialisten Frankreichs der Konferenz ein ziemliches Mißtrauen entgegenbringen. Sie sind zurzeit Gegner einer Friedensaktion, weil diese nach ihrer Ansicht bei der jetzigen Kriegslage nur den Verbündeten Deutschland und Oesterreich-Ungarn zugute kommen, sie der voraussichtlichen Besiegung entziehen würde. Nur eine endgültige Niederlage der beiden mitteleuropäischen Mächte kann nach ihrer Ansicht einen die Demokratie sicherstellenden Frieden bringen. Ihr Gedankengang wird durch folgende Stelle aus einem Artikel Ed. Vaillants in der Humanité vom 15. November 1914 veranschaulicht:

»Sicherlich, wollten wir nur den Buchstaben der Kongreßbeschlüsse betrachten und dem sozialistischen Sinne untreu werden, den wir ihnen geben und die Kongresse selbst gegeben haben — würden wir das Verbrechen des imperialistischen Ueberfalls, des Offensivkrieges, der deutschen Invasion und ihrer zahllosen Opfer vergessen, unser gegebenes Wort mißachten und unsere Verbündeten preisgeben, separat verhandeln und uns besiegt bekennen, ohne daß wir es sind und die Barmherzigkeit und die Herrschaft des deutschen Kaisers annehmen — wir bekämen von ihm Waffenstillstand, Frieden und Dank. Aber warum hätte dann Belgien der Invasion widerstanden? Warum hätte Frankreich den Angreifer zurückgetrieben, statt ihm freien Zugang zu seinen Festungen und zu seinen Häfen zu geben und die Tore von Paris zu öffnen? Warum wären dann so viele Helden gefallen? Warum stünde ein ganzes heldisches Volk in Frankreich, Belgien, England, Serbien aufrecht, im

Kampfe für die Freiheit der Völker, wenn es nicht gälte, sie zum Siege zu führen und so in dem von der Geißel des deutschen militärischen Imperialismus befreiten Europa die Bedingungen des vom Sozialismus auf seinen Kongressen geforderten dauernden Friedens zu schaffen, der in dieser Weise erobert wird und der aufgebaut wird auf der Unabhängigkeit und Einigkeit der organisierten und verbündeten demokratischen Nationen?«

Eine Kritik dieser Gedankenreihe ist hier überflüssig. Wir glauben weiter oben den Fehlschluß aufgezeigt zu haben, der ihr zugrunde liegt, und heben als dies bestätigend den Umstand hervor, daß in der Aufzählung der Nationen bei Vaillant ein Land ganz übergangen wird, dessen Nennung seinen Schlußsatz unmöglich machen würde — Rußland. Da eine Niederlage Deutschlands Rußlands Sieg heißen würde, kann sie so wenig das Ende des imperialistischen Militarismus bringen, wie umgekehrt die Niederlage Rußlands solches verspricht. In dieser wie auch in anderen Beziehungen kann man geradezu von einer Antinomie des gegenwärtigen Krieges sprechen. Er bringt allerwärts widerspruchsvolle Erscheinungen hervor. Zu ihnen gehört der wahrhaft tragische Tod des serbischen Sozialdemokraten Demetrius Tutzowitsch. Redakteur des wissenschaftlichen Organs der serbischen Sozialdemokratie hatte Tutzowitsch aufs schärfste die panslavistische großserbische Agitation und deren Kriegspolitik bekämpft und im Gegensatz dazu die Politik eines friedlichen Ausgleichs mit Oesterreich und eines wahrhaft demokratischen Bundes der Balkanvölker warm befürwortet. Nun der Krieg da war, tat dieser begabte Mann als Wehrmann seine Pflicht und ist am 20. November in der Schlacht an der Linie Lazarevac-Myonica als Opfer einer österreichischen Granate gefallen. Wie der Tod des deutschen Sozialdemokraten Ludwig Frank — ja, fast noch erschütternder ist der Tod dieses serbischen Sozialisten ein Symbol der logischen Unmöglichkeiten, die der gegenwärtige Krieg für die Internationale der Arbeiter mit sich gebracht hat.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

ARCHIV FÜR SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

In Verbindung mit

WERNER SOMBART, MAX WEBER und ROBERT MICHELS

herausgegeben von

EDGAR JAFFÉ

Redaktions-Sekretär: EMIL LEDERER, Heidelberg

Jährlich erscheinen 2 Bände zu je 3 Heften. Preise der einzelnen Hefte je nach Umfang. Kriegshefte s. S. 2 des Umschlags.

Ergänzungshefte

zum Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

1. Dr. Eugen Kaufmann in Berlin, **Das französische Bankwesen mit besonderer Berücksichtigung der drei Depositengroßbanken.** Einzelpreis M. 8.—. Subskr.-Preis M. 7.—.

2. Dr. Paul Arthur Söhner in Karlshorst b. Berlin, **Die private Volksversicherung. Ihr Wesen und ihr Wert und die wichtigsten Reformbestrebungen.** Einzelpreis M. 4.—. Subskr.-Preis M. 3.—.

3. Dr. Ida Kisker in Halle in Westf., **Die Frauenarbeit in den Kontoren einer Großstadt.** Eine Studie über die Leipziger Kontoristinnen. Mit einem Anhang über die Berufsvereine der Handlungsgehilfinnen. Einzelpreis M. 4.—. Subskr.-Preis M. 3.—.

4. Louis Roth in New-York, **Die Wohnungsfrage der minderbemittelten Klassen in New-York.** Einzelpreis M. 3.—. Subskr.-Preis M. 2.—.

5. Dr. Arthur Löwenstein in Berlin, **Geschichte des württembergischen Kreditbankwesens und seiner Beziehungen zu Handel und Industrie.** Einzelpreis M. 6.—. Subskr.-Preis M. 5.—.

6. Dr. Leonore Seutter in Leipzig, **Die Gefängnisarbeit in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Frauengefängnisse.** Einzelpreis M. 6.—. Subskr.-Preis M. 5.—.

7. Dr. Edgar Landauer in Braunschweig, **Handel und Produktion in der Baumwollindustrie.** Einzelpreis M. 5.60. Subskr.-Preis M. 4.60.

8. Dr. Lisa Ross, **Weibliche Dienstboten und Dienstbotenhaltung in England.** Mit einer Kurve. Einzelpreis M. 3.—. Subskr.-Preis M. 2.40.

9. Dr. Werner Picht, **Toynbee Hall und die englische Settlementsbewegung.** Einzelpreis M. 6.—. Subskr.-Preis M. 5.—.

10. Sergej Prokopowitsch, **Ueber die Bedingungen der industriellen Entwicklung Rußlands.** Einzelpreis M. 3.—. Subskr.-Preis M. 2.40.

11. Willy Bierer, **Die hausindustrielle Kinderarbeit im Kreise Sonneberg.** Einzelpreis M. 5.—. Subskr.-Preis M. 4.40.

12. Edgar Salin, **Die wirtschaftliche Entwicklung von Alaska (und Yukon Territory).** Mit einer Karte von Alaska. Einzelpreis M. 6.—. Subskr.-Preis M. 5.—.

3 0112 061601271

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Volkswirtschaft und Krieg

Vortrag gehalten im polytechnischen Verein München
zur Feier des 70. Geburtstags König Ludwig III. von Bayern

von

Dr. Edgar Jaffé
Professor in München

8. 1915. M. —.75

Die belgische Neutralität.

Ihre Entstehung, ihre Bedeutung und ihr Untergang.

Von

Dr. Reinhard Frank,
Professor der Rechte in München.

8. 1915. M. —.75.

Jahrbuch

der

sozialen Bewegung

in Deutschland und Oesterreich

Von

Emil Lederer.

Separatabdruck

aus dem

„Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik"

Jahrbuch 1912. Groß 8. 1913. M. 4.—.

Jahrbuch 1913. Groß 8. 1914. Abonnementspreis M. 3.—, Einzelpreis M. 4.—.

Das Jahrbuch berichtet über:

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und Oesterreich, die Arbeitersozialpolitik und die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Unternehmerorganisationen. Angestelltenorganisationen und Sozialpolitik. Bewegung der öffentlichen Beamten und Beamtensozialpolitik. Mittelstandsbewegung. Agrarische Sozialpolitik. (Jahrbuch 1913 enthält auch ein Register.)

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.